



Druck machen

DIE LINKE kämpft für eine bessere Pflege und für bezahlbares Wohnen. Im Mai beginnt die Pflegekampagne und im September startet die Mietenkampagne. 6

Interview

Die Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger über Erfolge, Opposition in bedrohlichen Zeiten und Herausforderungen für die Zukunft. 10

200 Jahre Marx

Die Theorie von Karl Marx ist kein Universalschlüssel zur Erklärung der Welt. Wissenschaftlichen Sozialismus macht vor allem eines aus: Neugierde. 20



Zwei Kampagnen haben wir uns für dieses Jahr vorgenommen: Eine Kampagne gegen den Pflegenotstand, die wir bereits zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai starten werden, und eine für bezahlbares Wohnen. Über den Stand der Planung unserer Kampagnen und über ihre inhaltlichen Aspekte berichten wir

in dieser DISPUT-Ausgabe ab Seite 6. Dass die Vorhaben der kleinsten Großen Koalition aller Zeiten nicht nur in der Pflege- und Mietenpolitik unzureichend sind, zeigt das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik auf. Insgesamt falle der Koalitionsvertrag hinter die Anforderungen an eine sozialstaatlich intervenierende Politik zurück, so der Gewerkschafter auf Seite 19. Wenn sich die herrschende Politik nicht bewegt, muss DIE LINKE als »Partei in Bewegung« die Politik bewegen. Was heute gesellschaftlich in Zeiten des Rechtsrucks notwendig ist und welche Aufgabe dabei der DIE LINKE zukommt, darüber haben wir mit unseren Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger gesprochen. Das Interview findet Ihr auf den Seiten 10 und 11.

Zum Schluss noch ein Dankeschön in eigener Sache: Anja Krüger, die seit dem Herbst 2016 den DISPUT als Redakteurin verantwortet hat, geht zur Tageszeitung taz. Ihr möchte ich an dieser Stelle für ihre geleistete Arbeit danken und für ihre neue Herausforderung alles Gute wünschen.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 05/2018

VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Gute Aussichten bei den Kommunalwahlen im Norden 4

KAMPAGNE

Pflegenotstand stoppen 6
Fahrplan Pflegekampagne 6
Wohnen muss bezahlbar sein 8
Fahrplan Mietenkampagne 8

INTERVIEW

Katja Kipping und Bernd Rixinger über Erreichtes und Ziele 10

REGIEREN IN BERLIN

Neue Räume schaffen 12

DIE LINKE.SDS

Kongress zu '68 14

GUTE ARBEIT

Der Bundesregierung fehlen Mut und Konzepte 16



JEDEN MONAT
AUS DEM HAUS 5
PRESSEDIENST 24
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
MAIKOLUMNE 31

WAS UND WIE

Aufstehen gegen Rassismus 18

TÜRKEI

Repression und Verfolgung 19

200 JAHRE MARX

Neugierig bleiben! 20

SIMBABWE

Das Land hält vor den Wahlen den Atem an 22

PARTEIGESCHICHTE

Das Archiv 26

VOR 80 JAHREN

Der Tod von Carl von Ossietzky 28

Foto: DIE LINKE

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin. **REDAKTION** Anja Krüger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de. **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell. **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin. **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00. **ISSN** 0948-2407. **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 3:** 13. April 2018. DISPUT 6/2018 erscheint am 17. Mai.

Sarah, was ist für dich links?



Foto: Anja Krüger

Links steht für mich für Solidarität. Das ist das Bestreben, die Schwachen zu stützen und die Starken zu unterstützen. **Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** Die Ausprägung der Solidarität meiner Parteifreunde. **Was war dein erster Berufswunsch?** Bundeskanzlerin. **Wenn du Parteivorsitzende wärst ...** würde ich den gesamtpolitischen Beitrag von DIE LINKE intensivieren. Ich verstehe mich nicht als Teil einer Randpartei. Der Einfluss von DIE LINKE auf das gesamtpolitische Geschehen ist durchaus noch weiter ausbaufähig. **Was regt dich auf?** Passivität innerhalb der Politik und die »Politisierung« unseres Verwaltungsapparates. Die politische Aussprache ist wichtig, darf jedoch in ihrem Gewicht nicht die Umsetzung von deren Inhalten übersteigen. **Wovon träumst du?** Chancengleichheit im Bildungswesen. **Möchtest du (manchmal) anders sein, als du bist?** Es gibt Eigenschaften, bei denen ein gewisser Optimierungsraum besteht. Diesen versuche ich regelmäßig zu füllen. **Wann fühlst du dich gut?** Ich fühle mich gut, wenn ich für mich und meine Mitmenschen gemeinsame Ziele erreichen konnte. **Wovor hast du Angst?** Vor der Passivität und der Ignoranz eines verhältnismäßig großen Teils der Öffentlichkeit hinsichtlich einschlägiger Entwicklungen in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und demokratischer Grundstrukturen. **Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?** Mut und die Bereitschaft, sich für Andere einzusetzen. **Wie lautet dein Lebensmotto?** Sapere aude. Gute und richtige Entscheidungen kann ich nur auf der Grundlage von Informationen treffen. Demokratiefähig ist so auch nur eine informierte Öffentlichkeit.

Sarah Körfer, Jahrgang 1978, ist Diplom-Betriebswirtin, hat in Spanien und Israel gelebt, wohnt jetzt in Berlin und betreibt den Blog telaviv-berlin.com.

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Mit Marx, vor Ort, für alle

Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein setzt auf Verankerung, Frauen und junge Leute in der LINKEN **VON HARALD W. JÜRGENSONN**

Am Abend des 200. Geburtstags von Karl Marx werden sie sich wohl auch einen Schluck genehmigen, die über 600 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Denn am nächsten Tag, dem 6. Mai 2018, sind ab 8 Uhr die Wahllokale geöffnet im Land zwischen den Meeren. DIE LINKE will an ihre Stimmenzuwächse der vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen anknüpfen.

Fast flächendeckend treten Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN an, kämpfen um Mandate in Kreistagen, in den Rathäusern kreisfreier Städte, dazu in 24 Städten und Gemeinden. Der jüngste Kandidat ist Lasse Zarniko aus Kiel – er wurde am 27. März 18 Jahre alt. Auch auf der Insel Föhr will die LINKE die Politik verändern, in Wyk, Alkersum und Utersum. Einen kleinen weißen Fleck gibt es nur in Ostholstein. Das ist verkraftbar.

Mit rund 14.000 Plakaten spricht die Partei im Norden Themen und Probleme direkt an, ohne Schnörkel-sätze oder unlesbare Minischrift: »Gesundheit; mehr Personal, vor Ort, für alle!« zum Beispiel. Schwerpunkte sind außer dem darniederliegenden Gesundheitssystem der kostenfreie

und flächendeckende Öffentliche Nahverkehr, günstiger Wohnraum sowie gute Löhne und bessere soziale Absicherung. Fast alle in Schleswig-Holstein sind von mindestens einem dieser Themen direkt betroffen. An Küsten und in Städten wird Wohnen immer teurer, prekäre Beschäftigung im von Landwirtschaft und saisonal abhängigem Tourismus geprägten Land betrifft viele.

Solidarisch

Wahlkampfleiterin ist Marianne Kolter, zugleich Landessprecherin der LINKEN. Auch sie kandidiert. In Pinneberg will sie den bisherigen LINKEN im Kreistag, Klaus-Dieter Brüggemann, als zweite LINKE in diesem Gremium unterstützen. Die Umweltexpertin und -aktivistin hatte ein Auge darauf, dass ökologische Politik, zu der auch ÖPNV und Naturschutz gehören, schon im Vorfeld in die lokalen Wahlprogramme einfließen. Besonders freut sie sich über die vielen Neueintritte in die Partei: »Da sind sehr viele junge Leute dabei, die sich auch gleich im Wahlkampf engagieren und ein neues Wählerinnen- und Wählerpotenzial erschließen. Und natürlich haben wir so viele Frauen, dass wir alle Listen mindestquotieren konnten.«

Der Wahlkampf im Norden ist ein Mix aus traditionellem Plakatieren und Flyer verteilen, kreativen Aktionen und verstärktem Bespielen der sozialen Netzwerke. Neben dem drei Meter hohen Miethai werden landesweit Fischstäbchen verteilt, an einer »Bezahl-Bar« werden seit Wochen Möglichkeiten diskutiert, wie Wohnen bezahlbar bleibt. Vor Arbeitsämtern wird mit dem »Tatort Jobcenter« auf die Missstände im derzeitigen Hartz-IV-System hingewiesen. Zulauf und Zuspruch waren von Beginn der Aktion an hoch.

Die heiße Phase begann am 13. April mit Katja Kipping in Kiel. Schluss

ist am 2. Mai – mit Dietmar Bartsch als Hauptredner. Die Motivation ist hoch bei den mehr als 1.300 Mitgliedern im Norden. Kein Gedanke mehr daran, dass die LINKE bei den Kommunalwahlen 2013 von einst 6,9 Prozent im Jahr 2008 auf 2,5 Prozent gefallen ist. Maßstab ist jetzt, dass es bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 26.000 Stimmen gab und das Landesergebnis um 1,5 Prozent auf 3,8 stieg.

Fest eingebaut in ihren Terminkalender haben auch die beiden Bundestagsabgeordneten Conni Möhring und Lorenz Gösta Beutin den Kampf um jede Stimme. Zwischen Nord- und Ostsee, Dänemark und Hamburg touren sie durchs Land, sind bei Ständen und Veranstaltungen präsent. Sie informieren und diskutieren. Sie wissen: Präsenz muss gezeigt werden – auch wenn auf dem platten Land der Zulauf deutlich geringer ist als in den größeren Städten.

100.000 Euro beträgt das Wahlkampfbudget, Idealismus muss vieles wettmachen. Die weiten Strecken beim Plakatieren, Infostände bei nordischem Sturm, bei Regen und in diesem Jahr auch Schnee. »Solidarisch, vor Ort, für alle« ist das Grundthema in diesem Wahlkampf. Als erste Wahl nach der Bundestagswahl im vergangenen Jahr wird sie auch in Berlin als bundespolitischer Stimmungstest wahrgenommen. Unsicherheitsfaktoren bei den Prognosen sind die neuerliche GroKo in der Bundeshauptstadt und Jamaika in Kiel.

Die Genossinnen und Genossen im Wahlkampf setzen in den vielen Gesprächen weder auf Landes- noch auf Bundespolitik. Im Wesentlichen beschränken sie sich auf das Bodenständige, auf die Themen vor der Haustür. Sie zeigen: Wir wohnen hier, wir kennen uns aus, wir wollen etwas für alle erreichen. Das nennt man Verankerung. Und die braucht man, um Politik zu gestalten. Karl Marx hätte es gefallen zu seinem Geburtstag. ◀

Die Genossinnen und Genossen im Norden setzen auf Themen von vor Ort
Foto: DIE LINKE SH



Partei in Bewegung« – so lautet die Überschrift des Antrags des Parteivorstands für den Bundesparteitag. Gemeint ist damit, dass ein gesellschaftlicher Aufbruch und der notwendige Richtungswechsel nicht von einer Partei oder Parteien allein geschafft werden kann. Wir müssen uns dafür mit den vielfältigen gesellschaftlichen Bewegungen verbinden. Die Gesellschaft zu verändern, können wir nicht stellvertretend tun, es wird nur gemeinsam gelingen. Und dazu müssen wir uns selbst in Bewegung setzen.

Nicht nur in Deutschland vermischt sich mittlerweile rechtspopulistisches Gedankengut mit dem der extremen Rechten. Damit steht DIE LINKE als Partei und Teil einer gesellschaftlichen Bewegung in einer besonderen Verantwortung, nicht nur im Kampf um neue, fortschrittliche und linke Mehrheiten, sondern auch in aktiver Opposition gegen den Rechtstrend. Natürlich müssen wir stetig daran erinnern, wer diesen Rechtsruck zu verantworten hat: Union und SPD, die über Jahrzehnte eine neoliberale Politik begünstigt und durchgesetzt haben. Und die nun auch weiterhin die Geschicke der Republik lenken werden, mit den gleichen Konzepten für den gesellschaftlichen Stillstand. Der Koalitionsvertrag ist kein Neuanfang. Die Parameter des neoliberalen Kapitalismus bleiben die gleichen. Das bedeutet: Das Auseinanderklaffen der sozialen Schere, die soziale Ungleichheit zwischen den Menschen wird weiterhin forciert. Verunsicherung und Abstiegsängste bestimmen so das gesellschaftliche Klima. Wir haben dem etwas entgegenzustellen: DIE LINKE ist gewachsen. Wir haben tausende Mitglieder gewonnen, die Mehrheit von ihnen ist jung und motiviert, den gesellschaftlichen Umbruch mitzugestalten. Ende Dezember lag der Anteil der Mitglieder, die 35 Jahre oder jünger sind, bei rund 23 Prozent. Das ist ein Anstieg in dieser



HARALD WOLF

Aufbruchstimmung

Altersgruppe um 6 Prozent. Auch unser Jugendverband wächst stetig. Die Mitglieder der LINKEN sind unser Rückgrat und unsere Stärke. »Basis« heißt, dass die Partei auf ihren Mitgliedern aufbaut, von unten nach oben. Sie, wir entscheiden über Forderungen und Programme, über Ziele und Ausrichtung der LINKEN. Das macht unsere demokratische, sozialistische Partei aus. Die Mitglieder mischen sich ein, sie kümmern sich und kämpfen, streiten und helfen, sie wirken in den Rathäusern und Vereinen, auf der Straße und in Beratungsstellen. Gemeinsam und solidarisch, nicht im Alleingang. Partei und Bewegung sind dabei kein Gegensatz. Wir sind eine Bewegungspartei. Wir wollen in Wahlen stärker werden und setzen auf die vielen, die in der Gesellschaft etwas bewegen wollen. Was uns als Partei im Augenblick bewegt, wollten wir ausgiebig, intensiv und auch kontrovers diskutieren. Denn auch die Kontroverse bereichert selbstverständlich den Diskurs einer pluralistischen Partei. Dafür gab es sechs Regionalforen, die alle gut besucht waren und bei denen sich vor

allen Dingen die vielen Neumitglieder eingebracht haben. Es hat uns darin bestätigt, dass wir mit den Positionen, die wir im letzten Jahr gemeinsam entwickelt haben, richtig liegen und zukunftstauglich sind. Die Aufbruchstimmung war spürbar, das gibt uns Mut, die wichtige Oppositionsarbeit, die wir in den nächsten Jahren im Bundestag auch weiterhin maßgeblich mitgestalten, anzugehen.

Wir brauchen einen grundlegenden Richtungswechsel, einen ganz neuen Weg. Wir kämpfen für mehr Zeit zum Leben. Wir verbinden uns mit allen, die eine 30-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und dem notwendigen Personalausgleich auf die Agenda setzen und für deutliche höhere Löhne kämpfen. Wir verteidigen die sozialen Garantien des Lebens und streiten für eine armutsfeste Rente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz-IV. Wir kämpfen für gerechte Teilhabe für alle, die hier leben, gegen Rassismus und Diskriminierung und für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft. Wir mobilisieren für eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Menschen vor Profite stellt: für eine gute Pflege und für bezahlbaren Wohnraum. Wir setzen uns für einen sozial gerechten ökologischen Umbau der Wirtschaft und einen wirksamen Klimaschutz ein.

Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Fotos: Erich Wehnert, DIE LINKE



Viele neue Stellen schaffen

Proteste gegen Pflegenotstand zeigen Wirkung. Doch die geplanten Maßnahmen der Regierung reichen nicht. DIE LINKE macht Druck für gute Pflege **VON BERND RIEXINGER**

In der Pflege herrscht seit Jahren Notstand. Gesundheit und Menschenwürde bleiben in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen oft auf der Strecke. Der Grund: Es fehlen mindestens 140.000 Pflegekräfte. Über Jahre hat die Bundesregierung eine Politik betrieben, die die Pflege von Menschen Wettbewerbsfähigkeit und Profit unterordnet. Vor den schrecklichen Auswirkungen des Pflegenotstands hat sie die Augen verschlossen.

Mittlerweile zeigen Medienberichte über Skandale, Proteste und Streiks von Pflegekräften – und die Kampagne der LINKEN – Wirkung: Merkel und die Große Koalition mussten handeln und mehr Geld für die Pflege bereitstellen, obwohl sie das lange nicht vorhatten. Die von der Großen Koalition beschlossenen Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus, um den Pflegenotstand zu stoppen.

Für die Krankenhäuser hat die Große Koalition keine ausreichenden und verbindlichen Mindestpersonalregelungen beschlossen. In den Altenpflegeeinrichtungen will die Bundesregierung gerade mal 8.000 neue Stellen schaffen – das ist weniger als eine zusätzliche Pflegekraft pro Einrichtung.

Damit alte und pflegebedürftige Menschen endlich mehr Zuwendung bekommen, braucht es dringend



Kampagnen-Material

Für den Start der Kampagne Mitte Mai stellt der Parteivorstand Kreisverbänden Material zur Verfügung. Die Kreisverbände können Plakate DIN A1 für Aktionen und zur Ausstattung, Klappkarten DIN A6 zur flächendeckenden Verteilung sowie Aufkleber DIN A7 bestellen.

Mehr Infos unter:
pflegekampagne@die-linke.de

mehr Personal! Damit mehr Menschen für den Pflegeberuf gewonnen werden können, müssen Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Ausbildung verbessert werden.

Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, dass sie bei ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten können. Kranken- und AltenpflegerInnen sind weitaus häufiger krank als die Angehörigen anderer Berufe. Obwohl sie alles tun, damit andere gesund werden und bleiben.

Vom Pflegenotstand zum Pflegeaufstand!

Die Gesundheits- und Pflegereformen der vergangenen Jahre gingen in die falsche Richtung: Wettbewerbsfähigkeit und Profite von privaten Konzernen waren der Politik wichtiger als Gesundheit und Menschenwürde. Eine weitere Folge: Bundesweit werden immer mehr Krankenhäuser geschlossen oder privatisiert. Auch der Ärztemangel in ländlichen Regionen gefährdet die Gesundheit.

Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn steht für diese unsoziale Politik. Aber wenn der Druck aus der Gesellschaft steigt, ist die Chance für einen grundlegenden Wandel da: Menschenwürde vor Profite.

Jetzt heißt es: Am Ball bleiben und

Pflegekampagne 2018

■ ■ **14./15. April:** Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in Heidelberg ■ ■ **April/Mai:** parteiinterne Vorbereitung und Diskussion, Erstellung Website und Hintergrundmaterial ■ ■ **Anfang Mai:** Auslieferung von Plakaten, Klappkarten und Aufklebern direkt in die Kreisverbände ■ ■ **12. bis 26. Mai:** bundesweite Aktionswochen als Kampagnenaufakt mit vielfältigen lokalen Aktionen anlässlich des Tages der Pflege am 12. Mai ■ ■ **8. bis 10. Juni:** Diskussionsschwerpunkt Pflege beim Bundesparteitag in Leipzig ■ ■ **11. bis 17. Juni:** gemeinsame Aktionswoche nach dem Bundesparteitag ■ ■ **Sommer 2018:** Pflege tour mit ausdrucksstarkem Aktionsbild ■ ■ **13. bis 16. September:** Pflegetribunal im Rahmen der LINKEN Woche der Zukunft ■ ■ **Oktober/November:** regionale Pflegetribunale ■ ■ **Herbst:** Integration des Pflege themas in die Landtagswahlen am 14. Oktober in Bayern sowie am 28. Oktober in Hessen ■ ■ **Dezember:** gemeinsame, bundesweite Aktionsphase zum Advent/Nikolaus



Klares Statement des Parteivorstands zur Lage in Kliniken und Pflegeeinrichtungen Foto: Christian Mang

nicht locker lassen. Mit unserer Kampagne wollen wir die Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen unterstützen. Wenn alle, denen gute Pflege und Gesundheitsversorgung am Herzen liegen, sich beteiligen, können wir Menschenwürde und flächendeckend gute Versorgung in der Pflege tatsächlich durchsetzen!

Unsere Forderungen:

- **100.000 Krankenpflegerinnen mehr:** Um den lebensbedrohlichen Pflegenotstand zu stoppen, braucht es 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern.
- **Gesetzlicher Personalschlüssel:** Es braucht eine verbindliche Regelung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
- **Ärztmangel und Krankenhaus-schließungen stoppen:** Mehr Ärzte, Gesundheitszentren und Hebammen sollen kürzere Wege und kürzere

Wartezeiten schaffen. Krankenhäuser müssen nicht Profit machen, sie müssen die Bevölkerung versorgen.

- **40.000 Altenpflegerinnen mehr:** Für 40.000 zusätzliche Fachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen und eine verbindliche Personalbemessung, die für jede Schicht mehrheitlich Fachkräfte vorsieht.

- **Kein Lohn unter 14,50 Euro in der Altenpflege:** Wir fordern einen Mindestlohn von 14,50 Euro für die Altenpflege und höhere Löhne durch einen Tarifvertrag, der flächendeckend für alle Pflegekräfte gilt. ◀

2019

- ■ **Januar bis Mai:** Integration des Pflege-themas in die Kommunalwahlen 2019 sowie in die Europawahl
- ■ **Zwischenhöhepunkt:** gemeinsame, bundesweite Aktionsphase zur Altenpflege
- ■ Bürgerinitiativen oder Volksentscheide für mehr Personal im Krankenhaus werden aktiv unterstützt
- ■ Durchführung von regionalen Veranstaltungen und parlamentarische Initiativen auf kommunaler, Landes- und Bundes-Ebene
- ■ **8. März:** Internationaler Frauentag als Aktionstag für gute Pflege
- ■ **8. April:** Tag der Gesundheit als Aktionstag
- ■ **12. Mai:** Tag der Pflege als Aktionstag
- ■ **Sommer 2019:** partei-interne Zwischen-Auswertung zum Stand der Kampagne
- ■ **3. Quartal 2019 bis 1. Quartal 2019:** Zwischenbilanz der Großen Koalition: Bilanzierung der Pflegepolitik und Neu-Ausrichtung oder Abschluss der Pflegekampagne

Für einen Kurswechsel

GroKo 3.0: Wer die Miete nicht mehr zahlen kann, soll sich eine Wohnung kaufen. Wieso wir eine Kampagne für erschwingliche Mieten brauchen **VON CAREN LAY**

Der Koalitionsvertrag von SPD und Union ist nicht der »Neuanfang in der Bau- und Mietenpolitik«, von dem der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, schwärmt. Das Gegenteil ist richtig. Wenn man sich den Text einmal genau durchliest, wird klar: Union und SPD haben sich darauf geeinigt, in einer Neuauflage der Großen Koalition ihre vermurkste Wohnungs- und Mietenpolitik fortzusetzen. Mietenexplosion und Verdrängung werden auch in den nächsten vier Jahren für viele zum Alltag gehören.

Bauen, bauen, bauen, und wer die Miete nicht mehr zahlen kann, soll sich eine Wohnung kaufen – das ist das zynische Credo der Großen Koalition.

1,5 Millionen neue Wohnungen sollen in einer »Wohnraumoffensive« bis 2021 entstehen, rund 100.000 mehr im Jahr als bisher. Eine Sonderabschreibung für Mietwohnungen in Höhe von 20 Prozent der Neubaukosten soll dabei helfen. Dafür schützt die Große Koalition zwei Milliarden Euro an Steuersubventionen aus, ganz ohne soziale Bindung. Davon profitieren nicht in erster Linie Mieterinnen und Mieter, sondern Investoren.

Dazu kommt eine neue Eigenheimzulage, die den Bund noch einmal so viel kosten wird. Doch wer heute von Mieterhöhungen und Verdrängung

bedroht ist, wird sich auch mit dem »Baukindergeld« keine Eigentumswohnung leisten können.

Der dringend benötigte bezahlbare Wohnraum wird so nicht entstehen. Profiteure sind Bauindustrie und Immobilienwirtschaft.

Kürzung

Der Schlüssel für eine soziale Wohnraumversorgung, insbesondere von Menschen mit geringem Einkommen, ist der soziale Wohnungsbau. Union und SPD wollen die Bundesförde-

deutet jedoch faktisch eine Kürzung. Denn bis jetzt sind es 1,5 Milliarden. Benötigt würden allerdings mindestens 5 Milliarden. Und wie es nach 2021 mit der Förderung weitergeht, ist vollkommen unklar. Das ist unverantwortlich!

Die minimale Verbesserung der Mietpreisbremse, die die SPD als Verhandlungserfolg feiert, ist reine Symbolpolitik und hilft den meisten Mieterinnen und Mietern nicht. Zwar soll jetzt die Vormiete in bestimmten Fällen offen gelegt werden, aber die zahlreichen Ausnahmen bleiben. Und ob sie in zwei Jahren nicht schon wieder abgeschafft wird, haben Union und SPD offen gelassen. Auch die Absenkung der Modernisierungsumlage von elf auf acht Prozent ist mit ihren vielen Einschränkungen eine Mogelpackung, die vor teuren Luxusmodernisierungen und Verdrängung nicht schützen wird.

Ein besserer Kündigungsschutz für Mieter und Gewerbetreibende, ein klares Bekenntnis gegen die Privatisierungspolitik der bundeseigenen Wohnungen und Grundstücke, ein Konzept gegen die immer größer werdende Wohnungs- und Obdachlosigkeit: Fehlanzeige!

Statt den notwendigen Kurswechsel zu einer sozialen Politik im Interesse der Mieterinnen und Mieter einzuleiten, werden Steuergeschenke an die Immobilienwirtschaft und an



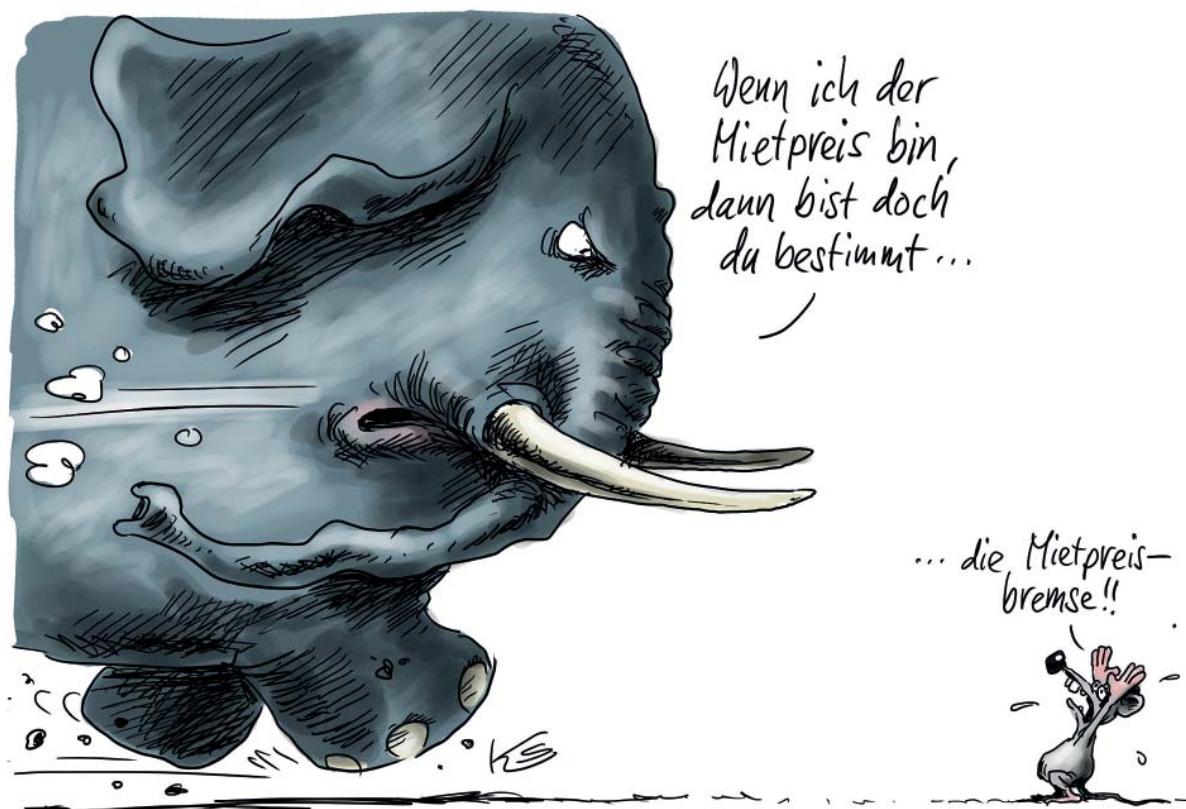
rung für den sozialen Wohnungsbau über das Jahr 2019 hinaus verlängern und für die Jahre 2020 und 2021 jeweils 1 Milliarde Euro bereitstellen. Diese vollmundige Ankündigung be-

Mietenkampagne 2018

■ ■ **Sommer:** parteiinterne Vorbereitung und Analyse, Aufbau Kommunikation mietenpolitisch aktiver Kreisverbände, Erstellung Website und Hintergrundmaterial ■ ■ **13. bis 16. September:** partei-interner Kick-Off durch ein bundeweites Vernetzungstreffen der mietenpolitisch aktiven Kreisverbände im Rahmen der LINKEN Woche der Zukunft ■ ■ **September/Oktober:** bundesweite Aktionsphase »studentisches Wohnen« ■ ■ **Herbst:** Integration des Mietenthemas in die Landtagswahlen am 14. Oktober in Bayern sowie am 28. Oktober in Hessen, Miethaitour durch Bayern und Hessen

2019

■ ■ **Januar bis Mai:** Integration des Pflege-Themas in die Kommunalwahlen 2019 sowie in die Europawahl



Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer verteilt.

Ein wirklicher Neuanfang in der Wohnungs- und Mietenpolitik muss anders aussehen:

DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für gerechtes Mietrecht in Wohnraum und Gewerbe mit wirksamem Schutz gegen Kündigung, Mieterhöhung und Verdrängung ein. Anträge für eine echte Mietpreisbremse, die flächendeckend, ausnahmslos und unbefristet gilt, haben wir bereits in den Bundestag eingebracht. Die Modernisierungsumlage gehört komplett abgeschafft.

Statt Milliarden für ungezielte Neubau- und Eigentumsförderung zu verschwenden, wollen wir eine Investitionsoffensive im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau. Durch Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wollen wir einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor mit dauerhaft bezahlbaren Mieten schaffen.

Spekulation mit Wohnraum und Grundstücken wollen wir effektiv bekämpfen und großen Wohnungskonzernen und Finanzinvestoren ihre Geschäftsgrundlage entziehen. Auch der Bund darf mit seinen Wohnun-

gen und Grundstücken nicht länger Gewinne auf Kosten der Kommunen und der Mieterinnen und Mieter machen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben muss ihre Wohnungen stattdessen sozial verträglich vermieten. Auch dafür haben wir bereits einen Antrag gestellt.

Soziale Politik wird auch in den kommenden vier Jahren in der Opposition gemacht. Gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern wird sich DIE LINKE dem neoliberalen Weiter-so in der Wohnungspolitik entgegenstellen – in den Parlamenten und auf der Straße! ◀

■ ■ Unterstützung regionaler Mieter/-innen-Kämpfe durch Bereitstellung von Kopiervorlagen zu regionalen Themen, Transparente etc. ■ ■ **voraussichtlich Juni 2019: bundesweite Aktionswoche nach dem Bundesparteitag 2019 DIE LINKE** ■ ■ **3. Quartal:** Unterstützung und Mobilisierung zu regionalen Mieter/-innen-Konferenzen ■ ■ **Zwischenhöhepunkte:** Aktionstage zu einzelnen Forderungen der Kampagne sowie weitere Miethaitouren, Integration des Mietenthemas in die weiteren Landtagswahlen ab 2019

Ausblick

■ ■ (offen) Höhepunkt: im Vorfeld der Bundestagswahl Beteiligung und Mobilisierung an einer gemeinsamen bundesweiten Bündnisdemonstration gegen steigende Mieten ■ ■ Kampagnenabschluss mit der nächsten Bundestagswahl

Solidarität und Bewegung

Wir sind eine Partei, die von der Kraft ihrer Mitglieder lebt. Die Vorsitzenden **KATJA KIPPING** und **BERND RIEXINGER** über LINKE Antworten in rechten Zeiten

Wir erleben einen Rechtsruck und eine schwache Große Koalition – wie müssen wir LINKEN uns in dieser gefährlichen Lage aufstellen?

Katja Kipping: Unser Land hat sich verändert. Wenn die neue Rechte droht, immer stärker zu werden, ist es Aufgabe aller Linken hier unterschiedenen Widerstand zu leisten. Andere verfolgen weiter eine anti-soziale Kahlschlagpolitik oder übernehmen sogar die Deutungsmuster der neuen Rechten. Wir hingegen stellen uns dem Rechtsruck entgegen. Allein über 8.500 neue Mitglieder sind im vergangenen Jahr bei uns eingetreten. Das liegt auch daran, dass wir unsere Kampagnenfähigkeit gestärkt, neue Diskussionsformen, wie die »Linke Woche der Zukunft« entwickelt haben. Wir haben uns als Gerechtigkeitspartei in Deutschland etabliert. Mit unserer klaren Haltung in der Flüchtlingssolidarität haben wir es nicht jedem recht gemacht, aber wir haben viele neue Wählerinnen und Wähler gewinnen können. Wir haben erfolgreiche Wahlkämpfe geführt – aber wir haben natürlich auch knapp verfehlte Einzüge in Landtage im Westen und herbe Stimmenverluste im Osten miterlebt. Es wird für uns eine wichtige Aufgabe sein, das Kommunale zu stärken und zu verdeutlichen, dass jede soziale Veränderung eben immer auch konkret vor Ort beginnt. DIE LINKE ist und bleibt die Stimme des Ostens und der Ostdeutschen, ihrer Sorgen um die Arbeit, die Zukunft ihrer Kinder und die eigene Rente. Vor uns stehen die Landtagswahlkämpfe 2019 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. In allen drei Ländern wird es exemplarisch darum gehen, eine soziale Alternative gegenüber den Konservativen und extremen Rechten stark zu machen. In Thüringen geht es darum, unseren erfolgreichen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu bestätigen. Das wäre auch ein sehr starkes Signal für die Bun-

desebene: Wir haben nicht nur keine Angst vor der AfD, nein, wir können sie auch besiegen.

Bernd Riexinger: Der Erfolg der Rechten geht mit einer Schwäche der großen Parteien einher. Viele sprechen von einer Krise der Demokratie. SPD und CDU sind kaum zu unterscheiden und bieten nur Varianten neoliberaler Politik an. Viele alltägliche Sorgen und Nöte der Menschen spielen keine Rolle. Das macht es den Rechten leichter, mit Sünden-

doch können gemeinsame Interessen und Gegner benannt werden. Wir treten nicht nach unten, sondern nach oben. Für uns entscheidend ist: Politik ist nicht etwas, was den Menschen geschieht, sondern etwas, womit sie zusammen mit anderen ihre Interessen durchsetzen können. Wir sind in den vergangenen Jahren vorangekommen. Wir haben dazu beigetragen, dass am Thema Pflegenotstand kaum mehr jemand vorbeikommt. Wir sind näher an den Men-



Katja Kipping: Als LINKE müssen wir uns auf Kampagnen fokussieren, die das Verbindende in den Mittelpunkt stellen Foto: Mark Mühlhaus

böcken und Rassismus zu werben. Wir brauchen deshalb echte Alternativen statt dem »Weiterso« der Regierung. Wir müssen um andere gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Wir gewinnen, wenn wir gemeinsame Interessen der Menschen in den Vordergrund stellen: von Erwerbslosen und abhängig Beschäftigten, jungen Prekären, der Verkäuferin und dem Facharbeiter, der Pflegekraft, der Erzieherin und dem IT-ler, der Rentnerin und dem Studenten. So vielfältig ist die Arbeiterklasse heute – und

schen. Wir sind besser verankert in Gewerkschaften, auch in manchen Gruppen von Beschäftigten und in vielen Stadtteilen. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

Die Partei startet Kampagnen, eine gegen den Pflegenotstand und eine für bezahlbare Mieten. Warum?

Bernd Riexinger: Der Pflegenotstand betrifft nicht nur Millionen Menschen, er zeigt auch exemplarisch, wie es um den Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge be-

Bernd Riexinger: »Den Grünen möchte ich in den nächsten zwei Jahren beim Thema Ökologie den Kampf ansagen: Klimaschutz und Kapitalismuskritik gehören zusammen!«

Foto: Ben Gross



stellt ist. Viele Menschen müssen jeden Tag am eigenen Leib erleben, wie der Personalmangel in der Pflege zu menschenunwürdigen Zuständen führt. Die Beschäftigten und wir mit unserer Kampagne haben erreicht, dass die Regierung diese Probleme im Koalitionsvertrag benennen musste. Jetzt müssen wir darum kämpfen, dass 100.000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern und mindestens 40.000 in der Altenpflege eingestellt werden. Und auch steigende Mieten machen vielen Menschen Angst. Der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau muss ausgebaut, Spekulation verboten werden. Mit unseren Kampagnen machen wir deutlich, dass es um einen Grundsatzkonflikt geht: Menschen und ihre Bedürfnisse sind wichtiger als die Profite der Unternehmen.

Was nehmt Ihr aus den Regionalforen mit, die in den vergangenen Wochen stattgefunden haben?

Katja Kipping: Das gemeinsame Lernen, Debattieren und Planen auf den Regionalforen zu erleben, ist sehr ermutigend. In den Diskussionen wurde deutlich, dass unsere Mitglieder um jede und jeden kämpfen – egal, ob neuer oder langjähriger LINKE-Wähler, Studentin aus der Großstadt oder Verkäuferin im ländlichen Raum, Mensch mit oder ohne Fluchtgeschichte. Besonders optimistisch stimmt mich die erfrischende Selbstverständlichkeit, mit der die Neumitglieder Flagge zeigen gegen rechts und den Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Frieden verbinden.

Bernd Riexinger: Die konzentrierten und solidarischen Diskussionen haben mich beeindruckt. Viele Konflikte, die in der Presse hochgezogen werden, sind in der Partei gar nicht so stark vorhanden. Unser Programm wird breit getragen. Wir sind eine Partei mit klugen und engagierten Mitgliedern, die Kopf, Herz und Rückgrat unserer Partei bilden.

Ihr kandidiert beim Parteitag

zum dritten Mal für den Parteivorsitz. Was habt Ihr in den kommenden zwei Jahren vor?

Katja Kipping: Wir wollen nicht nur mehr werden, sondern auch weiter für neue linke, fortschrittliche Mehrheiten streiten. Auch wenn die parlamentarischen Mehrheiten für einen Politikwechsel von links gerade nicht in Sicht sind, heißt das nicht, dass es gesellschaftlich auch weiter nach rechts kippen muss. Die vielen solidarischen und sozialen Projekte, die es gibt, scheinen zwar weniger laut daher zu kommen als der Rassismus der AfD oder das asoziale Gerede über Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher aus der Regierung – aber sie sind da und sie sind erfolgreich. Als LINKE müssen wir uns auf Kampagnen fokussieren, die das Verbindende in den Mittelpunkt stellen. Niemandem geht es besser, wenn es Geflüchteten noch schlechter geht, aber vielen geht es besser, wenn kein Immobilien-Hai mehr mit Wohnraum spekulieren darf oder der öffentliche Nahverkehr kostenlos wäre. Ich möchte allen sagen, die sich täglich in schlechtbezahlten Teilzeitjobs abrackern, allen, die in Notunterkünften auf die Annahme ihres Asylantrags warten, allen, die unter Hartz IV leiden: Du verdienst mehr! Dazu gehört für mich auch, dass wir als Partei linke Antworten auf die drängenden Fragen der Digitalisierung geben müssen; dass wir uns niemals mit Hartz IV zufrieden geben, sondern

weiter Druck machen und gleichzeitig Ansprechpartner vor Ort sind. Wenn die herrschende Politik sich nicht bewegt, müssen wir die Politik bewegen: als Partei in Bewegung. Das gilt auch mit Blick auf die Wahl in Europa 2019. Die Europäische Linke und wir hier in Deutschland müssen klar machen, dass es neben dem neoliberalen »Weiterso« und den Rechten eine Alternative für ein soziales und demokratisches Europa gibt.

Bernd Riexinger: Wir sind mit der Partei auf einem guten Weg und haben die richtigen Weichen gestellt. Aber es gibt noch viel zu tun, besonders bei den schwierigen Umbrüchen im Osten und in den Flächenländern. Die Verankerung in den Betrieben und der Kampf um gute Arbeit für alle liegen mir besonders am Herzen. Es hat sich gezeigt: Arbeitszeitverkürzung ist durchaus ein Thema, das die Menschen bewegt! Den Grünen möchte ich in den nächsten zwei Jahren beim Thema Ökologie den Kampf ansagen: Klimaschutz und Kapitalismuskritik gehören zusammen! Und DIE LINKE muss ihr Profil als Friedenspartei schärfen. Die vielen Konflikte weltweit und die wachsende Gefahr einer Konfrontation der Atomkräfte verpflichten uns, am Aufbau einer starken Friedensbewegung leidenschaftlich mitzuwirken. Unsere Ablehnung von Krieg, Aufrüstung und Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist nicht verhandelbar.

Neue Räume schaffen

Wohnungspolitik als politisches Erbe und Auftrag für die LINKE Regierungsbeteiligung in Berlin. Einblicke einer Abgeordneten **VON KATALIN GENNBURG**

In den vergangenen Jahren ist das politische Spielfeld in Berlin durcheinander gewirbelt worden. Das ist zugleich Erbe und Auftrag für uns LINKE in der Regierung.

Als wir im Jahr 2016 in den Berliner Wahlkampf zogen, blickte die Stadt auf zwei bundesweit beachtete Volksentscheide zurück: Für die Freihaltung des Flugfeldes Tempelhof entschied sich im Jahr 2014 wohl auch deshalb die Mehrheit der Abstimmenden, weil niemand mehr daran glaubte, dass die rot-schwarze Landesregierung hier bezahlbaren Wohnraum geschaffen hätte. Auf diesen erfolgreichen Entscheid folgte im Jahr 2015 der Mietenvolksentscheid. Der Erfolg in Tempelhof machte den stadtpolitischen Initiativen Mut, per Volksentscheidsgesetz die falsche Wohnraumversorgungspolitik zu korrigieren.

Die InitiatorInnen des Mietenvolksentscheids forderten, die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften so umzubauen, dass erschwinglicher Wohnraum geschaffen und die Mieten politisch reguliert werden. Darüber hinaus wollten sie die Demokratisierung der Gesellschaften durch Entscheidungsbefugnisse von MieterInnen auch in den Aufsichtsräten herstellen.

Innerhalb kürzester Zeit sammelten AktivistInnen tausende Unterschriften. Unterstützergruppen gründeten sich auch jenseits der vielzitierten urbanen Milieus. Der Mietenvolksentscheid kam jedoch nicht zur Abstimmung, denn der rot-schwarze Senat zwang die Initiative in einen unzureichenden Kompromiss. In diesen Tagen wird das Mobilitätsgesetz für Berlin abschließend verhandelt, dessen Umsetzung mit dem im Jahr 2016 gestarteten »Volksentscheid Fahrrad« erzwungen wurde. Ein weiterer Entscheid zur Außenwerbung (»Berlin Werbefrei«) sammelt sich bereits zum Erfolg.

Aus dieser jüngeren Geschichte ergeben sich sehr konkrete Hand-



Bei der Abschlussveranstaltung des Wahlkampfs zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 halten GenossInnen Forderungen aus dem LINKEN Programm hoch. Der Leitgedanke des Programms ist der von Recht-auf-Stadt-Bewegungen etablierte Slogan: »... und die Stadt gehört Euch!« Foto: Martin Heinlein

lungsanweisungen für unser Regierungshandeln, zumal die Einführung der Volksentscheidsgesetzgebung seinerzeit ein Reformprojekt von Rot-Rot war. Es ist bemerkenswert, wie sich dieses auf lange Sicht entwickelt und auf die Programmatik der Parteien auswirkt. Dass der Koalitionsvertrag von SPD, LINKEN und GRÜNEN etliche Forderungen des Mietenvolksentscheids in sich trägt und andere Forderungen von mieten- und stadtpolitischen Gruppen, ist dafür klarer Ausweis.

Der Koalitionsvertrag steht unter dem Leitgedanken »Regieren auf Augenhöhe« und »Zuhören statt Ansagen«. Angelehnt an den weltweit von Recht-auf-Stadt-Bewegungen etablierten Slogan »Die Stadt gehört Euch!« hat Die LINKE ein Macht-Umverteilungsprogramm für Berlin auf eine simple Formel bringen können. Wir wollen das wachsende Berlin gemeinsam mit den Menschen gestalten. Landeseigene Grundstücke, die für Wohnungsbau geeignet sind, sollen nur noch in Erbbaurecht vergeben werden. Wir ringen um eine Einigung für eine politisch festgelegte

Miete für Sozialwohnungen. Für die Bereitstellung neuer Grundstücke für den Wohnungsbau werden über Vorkaufsrechtssatzungen auch enteignungsähnliche Eingriffe vorgenommen. Ein Blick in unseren Koalitionsvertrag lohnt. Zusammenfassend lässt sich sagen: Wir sind bestrebt, die ganze Härte des Ordnungsrechtes und das Baurecht umfassend auszunutzen. Der sozial-ökologische Umbau der Stadt muss eine strategische Raumrückgewinnungspolitik forcieren, damit »enteignete Räume«, ob Wohnungsleerstände oder verfallende Gewerbehöfe, der Spekulation entzogen und den Menschen zurückgegeben werden.

Doch linkes Regierungshandeln besteht nicht nur in der »mechanischen« Umsetzung eines Koalitionsvertrages oder von Forderungen der stadt- und mietenpolitischen Szene. Der Staat und seine Apparate sind ein eigenes, von Machtinteressen durchdrungenes Terrain.

Der Alltag des Regierungshandelns einer Abgeordneten strukturiert sich zwischen Fraktionsarbeit und Regierungswissen, Lebenswirk-

lichkeit und Presseöffentlichkeit. Unsere Senatorin Katrin Lompscher sagt: »Es ist ein Marathon«, und ich würde sagen: Wir alle rennen mit. Es gibt viele Hindernisse: neue Skandale um Investoren und Miethäuser oder eine Bau-Verwaltung, die noch nie durch LINKE geführt wurde. Die SPD musste dieses Schlüsselressort unter Schmerzen abgeben und schlägt immer wieder Krawall. Gleichzeitig stehen wir vor dem Erbe des jahrzehntelangen Ausverkaufs des Öffentlichen und der sich daraus ergebenden Handlungsunfähigkeit. Zu wenige Grundstücke in Landeshand, Personalmangel, Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft und die Marktmacht von Wohnungskonzernen und privaten Immobilienspekulanten kommen hinzu. Die alltägliche Mischung aus »Brände löschen«, politische Gefechte durchstehen und eigene Themen setzen sowie schlicht und einfach den Koalitionsvertrag abzuarbeiten, braucht Ideenreichtum und Mut.

Mit der Neuauflage von Rot-Schwarz im Bund stehen auch in Berlin Konflikte ins Haus. Die SPD duldet im Bund einen national-konservativen Heimatminister, der nach der Herdprämie jetzt das Baukindergeiz durchgesetzt hat und damit die Eigenheimzulage 2.0 der Berliner Wohnraumversorgungspolitik entgegengesetzt. Die LINKE will dem gegenüber eine soziale Wohnraumversorgungspolitik, die eine soziale Bestandspolitik macht. Wir müssen die vielen Spielarten der Immobilienspekulation analysieren und Bodenspekulation, spekulativen Baulandhandel, Zweitwohnungsrenditen und Entmietungsstrategien unterbinden.

Für die Berliner LINKE gibt es eine historische Erfahrung von Regierungshandeln, die mahnend vor uns steht. Der frühere Verkauf landeseigener Wohnungsbestände tritt uns quasi täglich gegenüber. Wir dürfen Fehler nicht wiederholen. Es ist schlau zu wissen, wie sie entstehen und zu verhindern sind.

Um die Auseinandersetzungen politisch zu führen, braucht es auch eine wirkmächtige Praxis der Regierungsparteien. Die Schnelligkeit des Regierungshandelns der Exekutive ist mit ehrenamtlichem Engagement nicht einzuholen. Die Frage, wie die in der repräsentativen Demokratie angelegte Aufgabenteilung zwischen Regierung, Parlament und Zivilgesellschaft tatsächlich »auf Augenhöhe« gelingen kann, müssen wir noch beantworten.

Eine Regierung zu kontrollieren, obwohl man mit Regierungsgeheimnissen konfrontiert ist und personell in einem Verhältnis von circa 1 zu 1000 arbeitet, ist in der Praxis schwieriger als gedacht. Das betrifft auch die regierungsbegleitende Parteiarbeit. Und dennoch ist es richtig, das umzusetzen, was von stadtpolitischen Bewegungen an wohnungspolitischen Forderungen erarbeitet und erstritten wurde und was die LINKE in weiten Teilen unterstützt und damit mit erkämpft hat.

Derzeit ist die Berliner Regierungsbeteiligung der LINKEN laut Umfragen ein Erfolg und wie bei Linken üblich, werden wir an hohen Maßstäben gemessen. Manche diskutieren LINKE Regierungsarbeit als ein vorweggenommenes Scheitern. Ich sehe bei all den Widrigkeiten aber vor allem die Chancen für Berlin und die Notwendigkeit eines linken Staatsumbaus. Und auch deshalb gilt: Will Die LINKE. (nicht nur in Regierungsverantwortung!) bestehen, dann muss sie endlich den Fuß in die Tür der etablierten Institutionen, denen sie inzwischen angehört, stellen und Räume öffnen und neue Räume schaffen für eine Stadtpolitik für heute und morgen und vor allem: für alle! ◀

Katalin Gennburg ist Sprecherin für Stadtentwicklung, Tourismus & Smart City der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Parteivorstandsmitglied

ABOSCHEIN

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e)
der Zeitschrift DISPUT im

☐ Halbjahresabonnement zum Preis von
12,00 Euro inkl. Versandkosten

☐ Jahresabonnement zum Preis von
21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder

☐ bitte um Rechnungslegung
(gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich
automatisch um den angegebenen
Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum,
falls ich nicht 15 Tage (Poststempel)
vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass
ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen
widerrufen kann.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige
Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Coupon bitte senden an:

Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter:
www.die-linke.de

Komplex aus Zahnrädern

Der Studierendenverband Linke.SDS versteht sich als Scharnier zwischen Uni und Partei. Für Dezember plant er einen Kongress zu 50 Jahre '68 **VON BETTINA GUTPERL UND RHONDA KOCH**

Wir haben es heute mit einem globalen neoliberalen Kapitalismus zu tun, kontrolliert und beherrscht von den G20. Die strategische Externalisierung der systematisch immer wiederkehrenden Krisen der kapitalistischen Produktionsweise insbesondere in die Länder des globalen Südens erreicht immer mehr Perversion und führt bekanntermaßen zu Kriegen und humanitären Katastrophen.

Aber auch in Deutschland geht es bergab: Seit der Hartz IV-Gesetzgebung ist Deutschland mit dem Modell der »prekären Vollerwerbsgesellschaft« (Klaus Dörre) eine von oben durchregulierte neoliberale Marktgemeinschaft: Privatisierung, Steuersenkung und Sozialstaatsabbau und die systematische Loslösung dieser Prozesse von jeglicher demokratischer Kontrolle. Diese Kombination entzieht der Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen ihre Existenzgrundlage. Prekarität durchzieht den Arbeitsmarkt und das Leben jenseits der Arbeit: der Pflegenotstand, fehlende und überbezahlte Kitaplätze, die Abschaffung des Sozialtickets, der Verkauf ehemals staatlicher Dienstleistungen, Drittmittelfinanzierung an den Universitäten, steigende Mieten und Gentrifizierungsprozesse erschweren die Ausgestaltung des alltäglichen Lebens. Es ist richtig und notwendig, von einer Krise der sozialen Reproduktion (Gabriele Winker) in Deutschland zu sprechen. Für die Hochschulen bedeutet der neoliberale Kurs, nun durch die Große Koalition aufs Neue bestätigt, dass Kritische Wissenschaft – wenn überhaupt – als Ausnahme der Regel auftritt. Für die Studierenden bedeuten solche Entwicklungen hin zu einer passgerechten Bildung Stress und entfremdetes Lernen. Der studentische Alltag ist geprägt von Leistungspunkten. Hinzu kommen steigende Mieten, prekäre Teilzeitbeschäftigung, steigende Sozialkosten.

Als sozialistisch demokratischer

Der historische SDS hat 1968 die Revolte gegen den »Muff unter den Talaren« entscheidend mitgestaltet. Die Genossinnen und Genossen von Linke.SDS sagen: Der Kampf um Freiheit, Frieden und Sozialismus geht weiter!

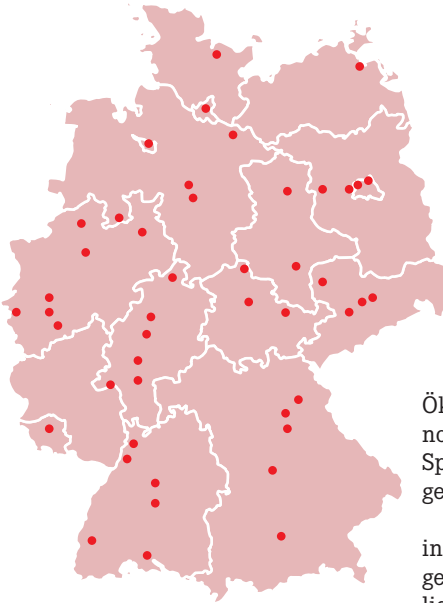
Informationen zum '68er-Kongress des SDS unter www.geschichtewirdgemacht.de



Studierendenverband wollen wir auf solche Entwicklungen aber nicht mit Zweifel an gesellschaftlicher Veränderung reagieren, sondern im Gegenteil eine anti-kapitalistische Wendung als mögliche Alternative in die Welt tragen. Dem SDS kommt dabei

eine besondere Rolle durch seine strategische Positionierung zu. Stellt man sich die verschiedenen Organisationen und Institutionen als einen großen Komplex aus Zahnrädern vor, die alle irgendwie in die Richtung einer sozialistischen Transformation

Große Präsenz: Der Studierendenverband hat an 60 Hochschulen Gruppen, fast doppelt so viele wie 2014



arbeiten, dann positioniert sich der SDS zwischen dem großen Zahnrad der Partei DIE LINKE und dem studentischen Milieu. Unser strategisches Verständnis baut daher auf der Vorstellung einer Scharnierfunktion auf, in der wir uns als Zahnrad eben nicht nur um uns selbst drehen wollen, sondern gemeinsam mit anderen Zahnrädern soziale und antikapitalistische Macht aufbauen wollen.

Dieses Jahr basteln wir an einem zusätzlichen Zahnrad: Ende des Jahres, vom 7. bis 9. Dezember, werden wir einen großen Kongress zum 50-jährigen Jubiläum von 1968 organisieren. Als SDS sehen wir uns als die kritisch solidarischen ErbInnen des historischen Studierendenverbandes (SDS). Mit dem Kongress geht es uns über die bildungspolitische Auseinandersetzung mit diesem in vielerlei Hinsicht außergewöhnlichem Jahr, insbesondere auf Grund seiner internationalen Tragweite – auch um die dringend notwendige Formulierung eines neuen '68. Diese Forderung ist bei der elenden Lage dieser Welt daher keine absurde Floskel einer in der Vergangenheit nach Lösungen suchenden melancholischen Träumerei, sondern ernst gemeint. Es ist entscheidend in Zeiten von Akkumulations- und Legitimationskrise die Straße und die Betriebe nicht den Rechten zu überlassen.

Wir arbeiten mittlerweile in einem bundesweiten Team aus über 60 Leuten an diesem Kongress. Er soll ein Zahnrad werden, das die Debatte um ein bitter notwendiges neues '68 in all jenen anderen Zahnrädern zum Thema macht. Es soll ein Kongress sein, auf dem wir zusammenkommen. Dafür werden in vielen Städten über den gesamten Sommer sowohl bildungspolitische Veranstaltungen als auch Aktionen des zivilen Ungehorsams geplant.

In unserem Pamphlet zum Jubiläumsjahr heißt es daher: »Die Verdammten dieser Erde, die jungen RebellInnen, die Ausgebeuteten und Un-

terdrückten. Sie wissen oder fühlen, dass es dabei um ihr Leben geht, um das von Menschen, das zum Spielball in den Händen von Politikern, Managern und Generälen wurde. Sie sind das Gegenteil eures Konformismus, sie sind alles andere als gleichgültig.«

Konflikte spüren

Unser Ziel als linker Studierendenverband ist daher für dieses Jahr den kämpferischen Impetus der '68er aufzugreifen und ihn insbesondere an den Hochschulen zu organisieren. Der SDS besteht mittlerweile aus mehr als 60 Gruppen und wächst beständig. Insofern sind wir äußerst optimistisch gestimmt, dass wir einen gehörigen Teil zur Formierung von linker Gegenhegemonie in Zeiten eines autoritär-neoliberalen Deutschlands beitragen können. Es gibt viele Menschen an der Universität, die nach einer kollektiven Gegenwehr suchen, die begonnen haben, dieses System in Frage zu stellen. Wir wollen an den Hochschulen eine lernende Organisation anbieten. Lernend in dem Sinne, dass wir organisationspolitisch offen bleiben, das heißt nicht als Keil, sondern als Zahnrad in Bündnissen, in den Ästen und mit anderen Gruppen gegen die neoliberale Hochschule und für die Universität als Ort kritischer Wissenschaft und emanzipatorischer Bildungspolitik eintreten. Lernend in dem anderen Sinne, dass wir kollektiv lernen wollen. Dieses Jahr beschäftigen wir uns bundesweit insbesondere mit den Themen Gesundheit und Kapitalismus, sozialistischer Feminismus,

Ökologie, Kritik der Politischen Ökonomie. Und wie jedes Jahr wird es im Spätsommer eine Akademie vom SDS geben.

Als Studierendenverband, der sich in bewusster Nähe zur Linkspartei gegründet hat, geht die innerparteiliche Debatte natürlich nicht an uns vorbei. Ein wichtiges Thema ist für uns daher auch die Auseinandersetzung um die neue Klassenpolitik, die wir dieses Jahr auf dem Bundeskongress des SDS Ende Mai führen wollen. Eine besondere Errungenschaft dieser Debatte, die sich bei weitem nicht nur auf die Partei DIE LINKE erstreckt, ist natürlich die grundlegende Feststellung einer nach wie vor bestehenden Klassengesellschaft und die sich daraus notwendig ergebende Frage nach der Organisation der Klasse.

Entscheidend wird in dieser Debatte am Ende sein, ob wir uns darüber einig werden, dass linke Gegenhegemonie notwendigerweise von unten organisiert werden muss und Onlineabstimmungen keinen nachhaltigen organisatorischen wie emanzipatorischen Mehrwert haben. Für die Organisation der Klasse muss DIE LINKE die Klasse kennenlernen. Das studentische Milieu beispielsweise ist kein homogener Block mit den immer selben Bedürfnissen, genauso wenig die »normalen Leute«. Entscheidend bleibt es für AktivistInnen, ein Gespür für gesellschaftliche Konflikte zu haben, die verschiedene Formen annehmen können. Die Debatte um »Me too« ist ein Konflikt auch der normalen Leute gewesen, sie drehte sich um Sexismus. Zentral ist die Politisierung der sozialen Fragen, getragen durch das studentische Milieu. Unsere Aufgabe als LINKE ist es, diese Konflikte politisch zu artikulieren, sie sozialistisch, das heißt feministisch, anti-rassistisch und klassenorientiert zu begleiten. ◀

Bettina Gutperl und Rhonda Koch sind Geschäftsführerinnen von LINKE.SDS

Koalition der Leerstellen

Der Bundesregierung fehlen in der Arbeitsmarktpolitik Mut und Konzepte. Reformen, die angesichts des Strukturwandels nötig sind, bleiben aus **VON HANS-JÜRGEN URBAN**

Die Zahl der Beschäftigten steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, und Fachkräfte werden knapper. Die Meldungen zur Beschäftigung sind fast durchweg positiv. Doch diese Berichte täuschen über die Schattenseiten und auch die Zukunftsaufgaben am Arbeitsmarkt hinweg.

Der Leistungsdruck steigt, atypische Beschäftigung und Niedriglohn sind weit verbreitet, vielen Betroffenen ist der Weg in unbefristete, sichere Beschäftigung auf Dauer verspermt, der soziale Schutz bei Arbeitslosigkeit ist unzureichend, und Langzeitarbeitslose profitieren kaum vom Aufschwung. Kurzum, ein unverklärter Blick lässt eine tiefe Spaltung des Arbeitsmarktes sichtbar werden.

Hinzu kommt die in Gang befindliche und zukünftig wohl an Tempo gewinnende Transformation der Arbeit. Globalisierung, Digitalisierung, Umweltfragen und Demografie gel-



Arbeit **besser** bezahlen,
gerecht verteilen.
Schöner **Leben**.

ten als relevante Treiber. Die Prognosen über den konkreten Verlauf der Veränderungen sind durchaus unterschiedlich, doch ein tief greifender Strukturwandel am Arbeitsmarkt scheint gewiss.

Der zu erwartende Umbruch in der kapitalistischen Erwerbsarbeit stellt alle Arbeitsmarktakteure vor große Aufgaben. Gelingt es politisch, die Transformation der Arbeit in Richtung eines sozial-ökologischen Pfadwechsels zu steuern und Impulse für gute Arbeit und soziale Perspektiven freizusetzen? Oder vollzieht sich die Transformation über einen neoliberalen Pfad und mündet in noch mehr prekärer Arbeit, sozialer Unsicherheit und mehr gesellschaftlicher Polarisierung? Der Konflikte um diese Weichenstellung dürfte hart werden.

Hier sind die Gewerkschaften, aber nicht minder die Politik gefordert. Grund genug, einen Blick in den Koalitionsvertrag der »kleinen« Großen Koalition zu wagen. Sichtbar wird: Der Vertrag enthält durchaus die Ankündigung zielführender arbeitsmarktpolitischer Schritte. Aber mit Blick auf die notwendigen Interventionen und Strukturreformen fehlen Mut, Konzepte und offenbar auch der politische Wille. Ansatzpunkte im Kleinen, aber Leerstellen im Großen. So enthält der Koalitionsvertrag viele Bekundungen zur Stärkung guter Arbeit, aber kaum etwas Konkretes in Richtung Regulierung und Neuordnung des Arbeitsmarktes. Einer der wenigen konkreten Punkte ist das kurz vor Ende der Verhandlungen aufgenommene Vorhaben der Einschränkung von Befristung mit und ohne Sachgrund. Das ist

zweifelloos ein richtiger Schritt. Aber die angesichts der Auswüchse gebotene Abschaffung sachgrundloser Befristungen bleibt aus. Zudem ist die entsprechende Passage im Koalitionsvertrag unklar formuliert und kann unterschiedlich interpretiert werden. Entsprechend ist davon auszugehen, dass es im Zuge der Umsetzung noch zu erheblichen Auseinandersetzungen kommt.

Was die Flankierung des Strukturwandels betrifft, setzt der Koalitionsvertrag vor allem auf den Ausbau von Weiterbildung, auch und gerade im Feld der Arbeitsförderung. Verankert werden soll unter anderem ein Recht auf Weiterbildungsberatung; es soll eine Evaluation bestehender Arbeitsmarktinstrumente, in Hinblick auf eine stärkere Ausrichtung auf digitale Weiterbildung erfolgen; die Anspruchsvoraussetzungen für die Förderung der beruflichen Weiterbildung sollen im Sinne von Erweiterungsqualifizierungen angepasst und finanzielle Anreize für Weiterbildung geschaffen werden. Das sind richtige Schritte. Aber: Nötig wäre eine noch weitergehende Neujustierung der Arbeitsförderung, die viel tiefer in den Transformationsprozess eingreift.

Die im Zuge der Hartz-Gesetze eingeführte vermittlungsorientierte Arbeitsmarktpolitik hat nicht nur maßgeblich zur Ausweitung atypischer und nicht selten prekärer Beschäftigung beigetragen, sie hat auch dazu geführt, dass viele Arbeitslose unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation vermittelt wurden. Statt schneller Vermittlung muss die Qualität der Arbeitsangebote, die Verbesserung der Beschäftigtenstruktur und die Ver-





HANS-JÜRGEN URBAN

Der 1961 in Neuwied geborene Hans-Jürgen Urban ist seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er ist zuständig für Sozialpolitik, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Foto: IG Metall

meidung unterwertiger Beschäftigung zur Leitlinie einer nachhaltigen und präventiven Arbeitsförderung werden. In ihrer jetzigen Form befördern der Vermittlungsvorrang und die Zumutbarkeitsregeln nicht nur sozialen Abstieg, sie haben auch eine dequalifizierende Wirkung. In Zeiten von Strukturwandel und Fachkräftefrage scheint dies weniger denn je angemessen. Dringend gebotene Schritte in Richtung einer weiteren Relativierung des Vermittlungsvorrangs und veränderter Zumutbarkeitsregeln, damit Qualifikationen erhalten und Arbeitslose nicht Lohndumping ausgesetzt werden, sind jedoch nicht vorgesehen.

Die Koalition will die Perspektiven für Langzeitarbeitslose verbessern. Das ist überfällig, auch hier gilt es, die konkrete Umsetzung abzuwarten. Gänzlich vermissen lässt der Koalitionsvertrag allerdings Ansätze zur Stärkung des Versicherungsschutzes. Jeder vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der seinen Job verliert, landet direkt im Hartz IV-System, weil er die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I nicht erfüllt. Mittlerweile erhält nur noch etwa ein Drittel aller Arbeitslosen Leistun-

gen aus der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel befinden sich im Hartz IV-System. Soll die Legitimation der Arbeitslosenversicherung nicht gefährdet und das System mit Blick auf den erwarteten Strukturwandel zukunftsfest gemacht werden, wäre der Schutz durch die Arbeitslosenversicherung dringend zu verbessern. Und vor allem: Die Zumutbarkeitsregeln bei Hartz IV, die Langzeitarbeitslose zwingen, jede Arbeit bis zur Sittenwidrigkeitsgrenzen anzunehmen, müssen weg.

Die Koalition plant eine Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte. Richtig ist, dass die Arbeitslosenversicherung derzeit finanziell gut da steht. Doch die Arbeitslosenversicherung ist der konjunkturanfälligste Sozialversicherungszweig. Kommt es zu einer Krise und wächst die Arbeitslosigkeit, steigen die Ausgaben schnell an. Das hat sich in den Krisenjahren ab 2008 gezeigt. Damals konnte aufgrund eines Finanzpolsters umgehend gehandelt und der drohende Beschäftigungskahlschlag durch eine Kurzarbeits-Offensive verhindert werden. Die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge mindert zudem insgesamt die Chance für

sinnvolle Arbeitsmarkt-Projekte erheblich. Die Beschäftigten werden die Senkung finanziell kaum spüren, aber es werden wichtige Spielräume für eine krisen- und zukunfts-feste Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung verschenkt.

Insgesamt fällt bereits der Koalitionsvertrag mit Blick auf eine sozialstaatlich intervenierende Politik hinter die Anforderungen zurück. Hinzu kommt, dass ein Koalitionsvertrag noch längst keine Politik ist. Äußerungen aus dem Arbeitgeberlager, aber auch aus Kreisen der Koalitionspartner lassen befürchten, dass sich eine gesellschaftliche Anti-Sozialstaats-Allianz formiert. Schon die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen ist alles andere als sicher. Von der Realisierung der eigentlich notwendigen Strukturreformen ganz zu schweigen. Ohne gesellschaftlichen Druck wird sich weder das einen noch das andere realisieren lassen. ◀

Hans-Jürgen Urban ist Vorstandsmitglied der IG Metall. Er spricht auf der Konferenz »Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis« der Rosa-luxemburg-Stiftung, die am 27. April in Berlin stattfindet.

Aufstehen gegen Rassismus

Ob Neonazis, AfD oder Altnazis: Das entschlossene Handeln gegen rechts ist in der LINKEN
Herzessache **VON SUSANNE LANG**

Der Ton im Land hat sich geändert. »Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag erleben wir nicht nur eine weitere Radikalisierung dieser Partei, sondern auch eine Normalisierung im öffentlichen Umgang mit ihr«, sagt Christine Buchholz, Mitglied im Parteivorstand und Bundestagsabgeordnete der LINKEN. »In vielen Medien und Teilen der Zivilgesellschaft wird die AfD zunehmend als »normale Partei« wahrgenommen. Das ist sie nicht.« Die AfD ist nach der Bundestagswahl im Sep-

MigrantInnen und Geflüchteten, Andersdenkenden, Linken und sozial Ausgegrenzten das Leben schwer.

Angriffe auf Asylbewerberheime, auf LINKE Parteibüros und andere linke Einrichtungen gehören mittlerweile zum traurigen Alltag.

Es gibt aber eine zweite Seite der Medaille: Noch nie war das Engagement gegen rechts so vielfältig wie heute. DIE LINKE ist selbstverständlich Teil dieses Engagements, neben vielen anderen Organisationen und Menschen, die sich aktivieren: in der Kneipe dagegen halten, Nazi-Aufmärsche und AfD-Demonstrationen blockieren und Solidarität in vielen lokalen Bündnissen praktisch werden lassen.

An den verschiedenen Protesten gegen die AfD-Parteitage in Köln und Hannover haben im vergangenen Jahr Zehntausende teilgenommen. Im Februar dieses Jahres blockierten tausende Menschen erfolgreich den AfD-Frauenmarsch in Berlin. Auch in diesem Jahr laufen bereits die Vorbereitungen zu den Protesten gegen den AfD-Parteitag am 30. Juni in Augsburg, denn kein AfD-Parteitag soll unwidersprochen stattfinden. Aktuell plant die AfD einen Großaufmarsch in Berlin. Ende Mai wollen die Rechten vor das Kanzleramt ziehen. Zurzeit laufen die Vorbereitungen in großen Bündnissen, um sich einer solchen Manifestation entgegenzustellen.

Für das Engagement gegen rechts sind breite Bündnisse von zentraler Bedeutung. Nur ein Protest, der selbst die demokratische Vision verkörpert, kann effektiv und dauerhaft Rechte in die Schranken weisen. Das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« ist bundesweit gegen Rassismus und Normalisierung von rechten Positionen aktiv. DIE LINKE arbeitet

WAS
UND
WIE

dort mit. Neben den Protesten gegen die AfD auf der Straße konzentriert sich das Bündnis in seiner Arbeit auf den alltäglichen Rassismus: Tausende Menschen haben sich als StammtschülerInnen gegen rechte Parolen ausbilden lassen, um in Kneipen und Betrieben rechten Positionen Paroli bieten zu können.

Auch der Bereich politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN hat ein Schulungskonzept entwickelt, um Genossinnen und Genossen fit zu machen in der Argumentation gegen rechte Parolen. Zur Unterstützung der Kreisverbände wird es ab Mai eine überarbeitete Auflage der Broschüre »Stoppt die AfD!« und neue Handzettel und Plakate geben. Für weitere Informationen wurde in den vergangenen Wochen ein Aktivenverteiler eingerichtet, in den sich Interessierte mit einer E-Mail an antifaschismus@die-linke.de eintragen können.

Der Protest ist wichtig, um die AfD perspektivisch wieder aus dem Bundestag heraus zu bekommen. Zudem muss DIE LINKE auch an Stärke deutlich zulegen. »Es ist unverzichtbar, dem Rassismus und Sexismus der AfD etwas entgegenzusetzen und aufzuzeigen, dass die Ideologie der AfD die Gesellschaft spaltet und Gegenwehr schwächt. Letztlich werden wir der AfD den Boden entziehen können, wenn linke Positionen deutlich mehr Gewicht und Bedeutung bekommen«, betont Christine Buchholz. »Dazu müssen wir die LINKE stärker machen und mehr werden!« ◀

Ob auf der Straße, im Betrieb oder in der Kneipe – LINKE zeigen überall klare Kante gegen rechte Positionen
Foto: DIE LINKE

tember mit 92 Abgeordneten in den Bundestag eingezogen. Seither gelten viele in Talkshows und Zeitungen, im Betrieb und in der Kneipe geäußerte rechte Positionen nicht mehr als Skandale, sondern als herkömmliche Aussagen einer Oppositionspartei. Rassistische Beschimpfungen werden zu Meinungen, das Meckern auf »die da oben« wird mit Rassismus und Entsolidarisierung verbunden. Rechte Positionen werden so »normal«.

Ermutigt durch die Erfolge der AfD und zum Teil in direkter Kooperation, machen alte und neue Nazis

Info

Mehr über das Bündnis gegen rechts auf der Website
www.aufstehen-gegen-rassismus.de

Repression in der Türkei

Der skandalöse Prozess gegen den HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş wird fortgesetzt. Aber deutsche Medien sind nicht interessiert VON JULIA WIEDEMANN



Erneut stand Selahattin Demirtaş, der langjährige Co-Vorsitzende und die charismatische Führungsfigur der HDP, in der Türkei vor Gericht. Am 11. April fand der dritte Prozesstag in Ankara statt, dem voraussichtlich noch etliche folgen werden. Seit November 2016 ist Demirtaş inhaftiert.

Die Staatsanwaltschaft fordert eine Strafe von 142 Jahren Haft sowie mehrmals lebenslänglich. Mehr als 600 Seiten umfasst die Anklageakte. Die Unterlagen für den Prozess betragen mehr als 11.700 Seiten. Allein um diese zu lesen, bräuchte Demirtaş fünf Jahre und vier Monate, wie er zu Beginn des Prozesses erläuterte. Denn die Dokumente hat er nicht als ausgedruckte Texte, sondern auf CD gespeichert ausgehändigt bekommen. Im Gefängnis sind ihm nur zweimal zwei Stunden Computernutzung in der Woche erlaubt.

Das zeigt die Absurdität des Verfahrens. In anderen Fällen mit ähnlichen Vorwürfen wie Volksverhetzung, Propaganda für terroristische Organisationen und so weiter kam es bisher zu Freisprüchen. Denn Beweise gibt es nicht. Die türkische Justiz spielt deshalb auf Zeit. Die Anwälte von Demirtaş erhalten kaum Zugang zu den Akten. Das Besuchsrecht ist immer weiter eingeschränkt worden. Prozesstermine werden immer wieder verschoben.

Lange haben die deutschen Medien viel über die Lage politischer Gefangener in der Türkei berichtet, über die Repression und die unfairen Prozesse einer längst nicht mehr unabhängigen Justiz. Aufhänger war in vielen Fällen der Journalist Deniz Yücel. Die Freude über seine Freilassung war auch in der LINKEN groß. Doch die damit verbundene Hoffnung auf eine mögliche Verbesserung der Lage in der Türkei verflieg rasch.

Der völkerrechtswidrige Angriff auf Afrin, die vielen toten Zivilisten, die hunderttausenden Vertriebenen zeigten einmal mehr die Fratze

des Regimes. Im Inneren der Türkei geht die Repression gegen Journalisten und Oppositionelle ungemein weiter. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 sind 319 Journalisten verhaftet worden, 180 befinden sich noch immer im Gefängnis. Zahlreiche Medien wurden verboten oder gleichgeschaltet. Es gab über 150.000 Entlassungen aus dem Staatsdienst. Mehr als 5.800 Akademiker verloren ihren Job. Über 8.000 Anhänger der HDP sind festgenommen worden, viele davon noch immer inhaftiert, darunter neun Abgeordnete der HDP. Gegen acht weitere



Der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş bei einer Fraktionssitzung im Jahr 2016 Foto: gemeinfrei

wurde erneut im März Anklage erhoben, darunter die ehemalige PDS-Europaabgeordnete und jetzige HDP-Abgeordnete Feleknaş Uca. Die Gefängnisse sind überfüllt, und es gibt immer wieder Berichte von Folter.

Darüber wird in deutschen Medien kaum noch berichtet. Der Prozesstag gegen Demirtaş im April ist nicht in einer deutschsprachigen Zeitung erwähnt worden, nicht eine einzige Agenturmeldung gab es dazu. Zu alltäglich sind Verfolgung und Repression geworden, als dass sie noch einen

Nachrichtenwert zu haben scheinen. Das Entsetzen über die Zustände wird Gewöhnung. Die Opfer Erdogans werden zugleich zum Opfer der Aufmerksamkeitsökonomie der Medien. Ebenso stumpft die Verzweiflung darüber ab, dass die deutsche Bundesregierung ihre Türkei-Politik kaum zu ändern scheint.

Umso wichtiger ist es, dass wir als LINKE nicht nachlassen. Bei mehreren Prozesstagen gegen Demirtaş und seine ehemalige Co-Vorsitzende Figen Yüksekdağ war für uns Hakan Taş, Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, vor Ort. Leider war eine Prozessbeobachtung zu diesem Prozess aus terminlichen Gründen nicht möglich. Auch ist das Reisen in die Türkei für einige Abgeordnete gefährlich.

Solidaritätsbekundungen sind wichtiger denn je. Lasst uns unsere Freundinnen und Freunde in der Türkei nicht vergessen, wie die deutschen Medien sie zu vergessen scheinen. Lasst uns Briefe schicken, wenn wir schon nicht reisen können. Lasst uns immer wieder an den Spruch erinnern, der nach der Freilassung von Deniz Yücel in den sozialen Medien kursierte: #Freethemall – Befreit sie alle!

Wir als LINKE werden fortgesetzt den Finger in die Wunde legen. Das heißt: die Bundesregierung für ihre Haltung scharf kritisieren, ein Stopp von Waffenexporten vor allem in die Türkei sowie ein Ende der Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst fordern. ◀

Nichts ist abgeschlossen

Das macht wissenschaftlichen Sozialismus oder eine materialistische Weltauffassung

aus: Neugierde VON ALEX DEMIROVIĆ

200 Jahre nach Marx' Geburt erleben wir tagtäglich: Die kapitalistische Gesellschaft erzeugt systematisch große Probleme und Krisen: Arbeitslosigkeit, Armut, Klimakrise, Kriege und globale Migrationsbewegungen. Mit Marx können wir lernen und begreifen, warum die politisch und wissenschaftlich herrschenden Kräfte nicht die Kraft zu wirklichen Lösungen finden können, weil dies bedeuten würde, mächtige Interessen, Lebensformen, das Wissen und die Wissenschaftlichkeit, die mit der herrschenden Klasse der Kapitaleigentümer verbunden sind, in Frage zu stellen und die gesamte Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Es geht also auch um die wissenschaftliche Definition der Probleme und der Lösungen – und darum, wer diese prägt, ob und wie Wissenschaft vom Alltag der Menschen, die jeden Tag für Lohn ihre Arbeitskraft verkaufen, getrennt oder mit diesem verbunden ist.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus wurde lange Zeit Politik gemacht mit dem Verständnis, der Marxismus sei Wissenschaft und kenne die Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft und ihrer weiteren Entwicklung, die Partei führe demnach nur aus, was diese Erkenntnisse zwingend nahelegen, handele also wissenschaftlich geleitet. Das war falsch – und zwar nicht, weil das marxistische Wissen noch nicht umfangreich genug war und immer noch nicht ist. Es handelte sich um falsche Vorstellungen davon, was Gesetze im Sinn von Marx sind.

1. Die Haltung der Neugierde

Marx wehrte sich gegen die Unterstellung, er vertrete eine geschichtsphilosophische Theorie, der zufolge es einen allgemeinen historischen Entwicklungsgang bis zum höch-

sten Stadium, dem Kommunismus gebe, der die allseitigste Entwicklung des Menschen sichere. Nein, so betont er mit Nachdruck, man werde nie dahin gelangen, mit dem »Universalschlüssel« einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie übergeschichtliche Entwicklungen auszumachen. Jede Entwicklung müsse für sich studiert werden. (Vgl. Marx 1877: 112)

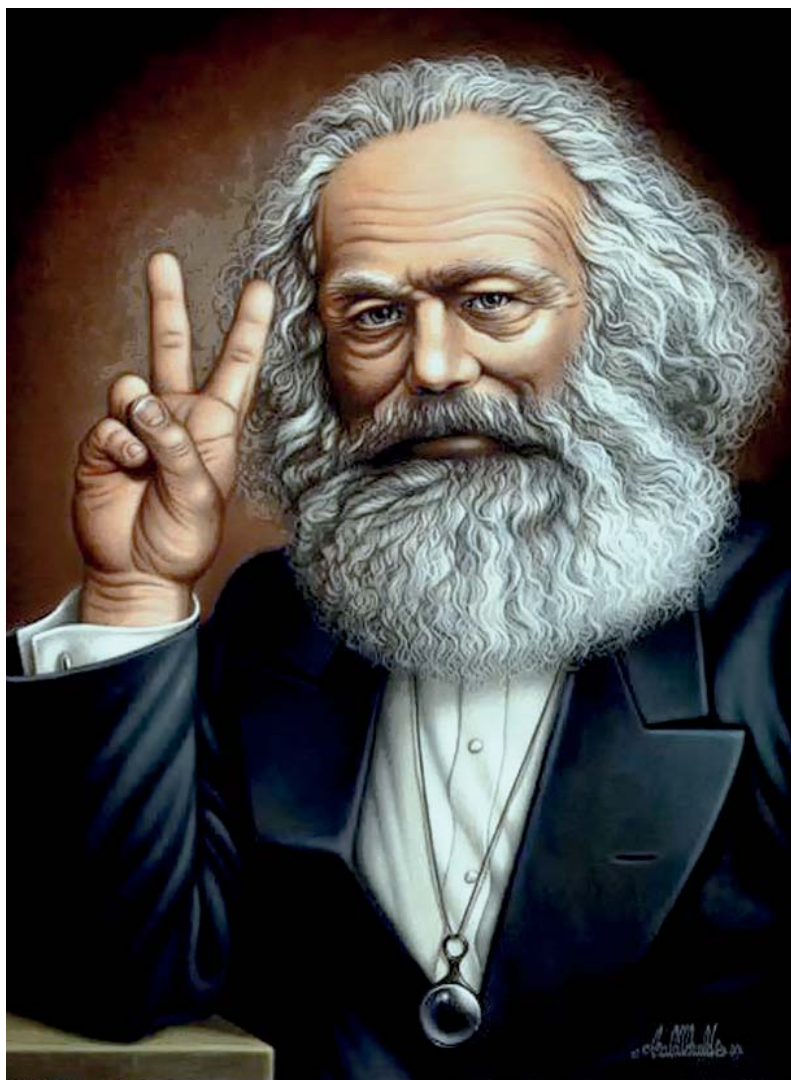
Doch es nutzt alles nichts, seine Theorie wird schnell in einen solchen Universalschlüssel umgewandelt. Nach dem Ende eines Vortrags über Marx treten mit großer Wahrscheinlichkeit einige Männer auf, die mit sicherer Haltung vertreten, dass bei Marx alles klar gesagt ist: die Ausbeutung, der Profit, die politische Herrschaft des Kapitals etc. Zumeist ist das nicht falsch. Aber die Gewissheit, die Wahrheit hinter sich zu haben und auf der moralisch guten Seite zu stehen, führt in die Sackgasse der Erstarrung.

Marx betonte, dass es zunächst darauf ankommt, sich forschend zu verhalten, also neugierig zu sein. Das ist es, was wissenschaftlichen Sozialismus oder materialistische Weltauffassung ausmacht: Neugierde, nicht die Wiedererkennung des immer Gleichen, sondern die offene Suche nach der Erklärung des Neuen. Jahre oder gar Jahrzehnte, so sagt Marx selbst, habe er die kapitalistischen Verhältnisse studiert, um sie dann darzustellen. Diese Darstellung mag dann wie ein für alle Mal fertiges Ergebnis erscheinen. Für Marx war das »Kapital« nicht abgeschlossen, immer neue Aspekte der kapitalistischen Entwicklung wollte er einarbeiten.

Es kommt nicht darauf an, immer wieder zu betonen und zu verkünden, dass es sich um kapitalistische Verhältnisse handelt. Gewiss, das ist bedeutsam, aber das wissen wir. Es geht darum, zu begreifen, wie die – keineswegs einheitliche – herrschende Klasse mit Unternehmens-

strategen, Wissenschaften, öffentlicher Willensbildung und staatlicher Regulierung ständig daran arbeitet, den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft zu verändern, neu zu organisieren und damit Ausbeutung und Herrschaft aufrecht zu erhalten.

Wir können erkennen, was der dagegen gerichtete Wille zur Veränderung der Verhältnisse auch dort erreicht hat, wo er gescheitert ist, wo er enteignet wurde. Auf die Revolutionsversuche in Deutschland und in Westeuropa folgte die Erfahrung des Faschismus – beide Erfahrungen führten zu einer Krise, aber nicht zum Verschwinden des Marxismus (in seinen vielen Spielarten). Beides, die starke Organisation der Lohnabhängigen und die Schwäche der sozialistischen Kräfte trugen dazu bei, dass sich nach dem Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg der Wohlfahrtsstaat als ein »Klassenkompromiss« durchsetzte. Die radikale Kritik der Bewegungen seit 1968 am sozialstaatlichen, aber eben deswegen auch disziplinierenden und autoritären Kapitalismus veränderte die Lebensweisen der Lohnabhängigen und die Geschlechterverhältnisse, scheiterte aber mit dem Anspruch der Emanzipation aller Menschen. Die Kritik der neuen sozialen Bewegungen wurde auf diese Weise enteignet und umgearbeitet, so dass sie zur Selbsterneuerung des Kapitalismus beitrug. Dieser macht sich heute flexiblere Lebensentwürfe und Autonomiewünsche zunutze, um neue Märkte zu schaffen. Als Reaktion auf stagnierende Profite und die radikalen Bewegungen wurde seit Mitte der 1970er Jahre der Klassenkompromiss von den Herrschenden aufgekündigt: ermöglicht durch globalisierte Produktion und die digitalen Informationsindustrien. Diese komplexen Veränderungen in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse von der ökonomischen Basis über die Form des Staa-



tes bis zum Alltagsleben und der Kultur(industrie) – das meint Marx' Satz, dass die Geschichte die »Geschichte von Klassenkämpfen« ist.

Marx meint mit Gesetzmäßigkeiten umkämpfte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die dazu führen, dass sich im Handeln von sozialen Gruppen und Individuen Tendenzen im »idealen Durchschnitt« (so Marx' Worte), also mit einiger Wahrscheinlichkeit durchsetzen. Es geht also nicht um Gesetzmäßigkeiten von uns äußerlichen Gegenständen, die wir von einer neutralen Perspektive aus anschauen können. Es verhält sich anders: Wie wir auf die Verhältnisse blicken, verändert unsere Praxis, damit verändern wir die Verhältnisse und somit auch uns selbst schon ein Stück weit. Die Kräfte, die für Emanzipation und die Überwindung des Kapitalismus stehen, brauchen Theorie und Wissenschaft, um zu lernen und sich zu erneuern. Um sie radikal zu verändern, müssen

diese Prozesse massenhaft und dauerhaft organisiert werden.

2. Partei als Kollektiv-intellektuelle

Eine Partei mit sozialistischem Anspruch ist also kein Ausführungsorgan von Gesetzmäßigkeiten. Es reicht auch nicht, MarxistIn zu sein in der Partei, die ansonsten als Ort der Willensbildung und Vertretung von Interessen im Rahmen der repräsentativen Demokratie verstanden wird. Im Anschluss an Marx und Antonio Gramsci geht es darum, eine sozialistische Partei und ihre Funktion(sweise) anders, nämlich als eine kollektive, »organische Intellektuelle« (Gramsci) zu begreifen. Das bedeutet, dass die Partei nicht nur aus der Organisation und ihren internen Diskussionen besteht. Das führt schnell zu Selbstbe-

züglichkeit. Vielmehr bildet sie einen Raum, in dem Neugierde, das Wissen und die Erfahrungen derjenigen organisiert werden, die unter dem Alltag in der kapitalistischen, rassistischen und sexistischen Gesellschaft leiden und mit der gegenwärtigen Organisation der Gesellschaft nicht einverstanden sind. Es geht also um die Erzeugung kollektiver Neugierde, die auf die Einrichtung neuer sozialer Gesetzmäßigkeiten zielt. Die Aufgabe besteht darin, gemeinsam mit anderen Akteuren, Bewegungen und vielfältigen Initiativen, Bildungsprojekten, den Prozess der Suche nach gemeinsamen Lösungen zu organisieren und zu einem kollektiven Willen zur Veränderung zu kommen – dort, wo große und langfristige Lösungen ins Auge gefasst werden müssen: wie bei der demokratischen Gestaltung der Arbeit und der Weisen des Produzierens und Konsumierens, beim Umgang mit der Klimakrise und globaler Migration, bei Alternativen zu Krieg und Gewalt, bei der Bekämpfung von sexistischer oder rassistischer Gewalt.

Marx, Karl (1877): Brief an die Redaktion der »Otschestwenyije Sapiski«, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin ◀

Konferenz

Der Sozialwissenschaftler Alex Demirović spricht auf der Konferenz »Marx200« der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 200. Geburtstag von Karl Marx, die vom 2. bis 6. Mai 2018 in Berlin stattfindet. Die Konferenz ist bereits ausgebucht. Ausgewählte Veranstaltungen werden im Livestream unter www.rosalux.de übertragen. Unter dieser Adresse finden Interessierte auch das Programm.

Simbabwe vor der Wahl

Das krisengeschüttelte Land steht vor einer wichtigen Weichenstellung. Eindrücke von einer Reise mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung **VON KATRIN VOSS**

In Simbabwe kündigen sich Veränderungen an, die Potential für die dringend benötigten Reformen bergen. Im November vergangenen Jahres wurde Robert Mugabe mittels eines Staatsstreichs des Amtes enthoben. Die Armee setzte seinen langjährigen Wegbegleiter und zuletzt größten innerparteilichen Konkurrenten, Emmerson Mnangagwa, als neuen Präsidenten ein.

Große Erwartungen, aber auch Misstrauen werden dem neuen Präsidenten entgegengebracht. Er steht vor der Herausforderung, das Land aus einer extrem schweren Wirtschaftskrise herauszuführen, Hunger und Armut zu beenden und vor allem das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zurück zu gewinnen. Eine der unmittelbarsten Herausforderungen ist die anstehende Präsidentschafts- und Parlamentswahl, die zwischen dem 22. Juli und dem 22. August dieses Jahres abgehalten werden muss. Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der staatlichen Wahlkommission und deren enger Verflechtung mit der Regierungspartei ZANU-PF sitzt tief. 2008 und 2013 kam es zu großen Unregelmäßigkeiten, die Zweifel an der Wiederwahl Mugabes aufkommen ließen.

Mnangagwa wird als Präsidentschaftskandidat der ZANU-PF in den Wahlkampf ziehen. Mit seinen 73 Jahren kann er auf eine lange Parteikarriere zurückblicken und gilt als wichtige Persönlichkeit im Kampf für die Unabhängigkeit, was noch immer hoch honoriert wird. Er konnte sich mit Unterstützung der Armee bei den innerparteilichen Machtkämpfen durchsetzen und präsentiert sich nun als Erneuer und Reformier. Es ist eine leichte Entspannung im Lande spürbar, die Präsenz und Willkür von Armee und Polizei scheint rückläufig. Die gesellschaftlichen Diskussionen sind offener. Die Regierung wirbt um Investoren.

Viele Simbawer glauben jedoch nicht an eine wirkliche Veränderung



Viele Eltern verlassen wegen Arbeit die Familie. Wie Violet müssen viele Großmütter einspringen Fotos: Katrin Voß

innerhalb der ZANU-PF und sehen die derzeitige Entspannung nur als Wahlkampfakt. Für sie ist Mugabe aus dem Weg geräumt, das korrupte Sys-

tem existiert jedoch weiter. So beschreibt ein Mitarbeiter eines unabhängigen ökonomischen Forschungsinstituts Simbawes die politische Kaste der ZANU-PF als ein organisiertes Kartell. Nach Schätzungen des Instituts werden allein aus dem Bergbausektor illegale Einnahmen in Höhe von jährlich drei Milliarden US Dollar gewonnen. Hinzu kommen illegale Einnahmen aus dem Verkauf von Elfenbein. Dieses Geld lagert auf privaten Konten und ermöglicht die Finanzierung von Geheimdienst, Armee und Polizei. Die wenigen Radio- und Fernsehstationen werden durch Parteifunktionäre kontrolliert, regierungskritische Stimmen kommen nicht zu Wort.

Die Bewegung für Demokratische Veränderung – Tsvangirai (MDC-T) steht dem als größte Oppositionspartei entgegen. Sie beschreibt sich als sozialdemokratisch. Im Februar starb ihr populärer Vorsitzender, Morgan Tsvangirai, der als die wichtigste Führungsfigur der MDC-T galt. Unmittelbar nach seinem Tod konnte sich Nelson Chamisa bei internen Machtkämpfen als neuer Vorsitzender durchsetzen. Der 40-jährige Anwalt und Angehörige der Ndebele Eth-

SIMBABWE

Auf einer Fläche etwa so groß wie die Bundesrepublik leben ca. 14 Millionen Einwohner unterschiedlicher Ethnien (70 Prozent Shona, 13 Prozent Ndebele). Seit Jahren gibt es eine Massenflucht, die nicht genau beziffert werden kann. Etwa drei Millionen Menschen flohen nach Südafrika. Simbabwe hat die höchste Infektions- und Erkrankungsrate mit HIV/ AIDS, rund ein Siebtel der Erwachsenen sind betroffen. Das Land besitzt riesige Vorkommen an Gold, Nickel, Chrom, Kupfer, Platin und Diamanten. Früher gab es Einnahmen durch Agrarprodukte und Tourismus.



nie kommt selbst aus der Jugend- und Studentenbewegung und gilt als charismatischer Politiker. Insbesondere im städtischen Raum und für die Jugend Simbabwes gilt er als glaubwürdiger Kandidat. Das birgt hohes Potential, denn 40,3 Prozent der Bevölkerung Simbabwes ist zwischen 18 und 25 Jahren alt. Chamisa sagt, dass er an einen Wahlsieg von MDC-T glaubt. »Ich rechne mit einem Stimmenanteil von 70 bis 80 Prozent«, sagt er. Sein Programm besteht aus fünf Säulen: gute Regierungsführung, Stärkung der Ökonomie, Beschäftigung mit sozialen Fragen, Ausbau der Infrastruktur und internationale Solidarität. Ob und wieviel Substanz sich hinter diesen Schlagwörtern verbirgt, ist unklar.

Sicher scheint, dass die Wahl ein Kopf an Kopf-Rennen wird zwischen alten festen Parteistrukturen, die bis in die kleinsten Dorfgemeinschaften reichen, und dem Veränderungswillen insbesondere der städtischen und jungen Bevölkerung. Die Stimmung im Land ist aufgeheizt. Die Menschen warten auf das große Ereignis Wahl. Kleinste Unregelmäßigkeiten im Ablauf könnten die brennende Lunte für ein Pulverfass sein. Viele Menschen in Simbabwe haben Angst vor einem möglichen Szenario wie in Ruanda. Dort gipfelten die Konflikte 1994 in dem Völkermord an den Tutsi. Die ethnische Aufladung und Spaltung in einem Krisenland wie Simbabwe birgt riesige Gefahren. Bereits jetzt prangert Chamisa Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von zum Beispiel Justizämtern an ausschließlich Shona-Angehörige an und warnt vor einer Shonaisierung des gesamten Landes.

Die wirtschaftliche Lage ist desolat. Durch Misswirtschaft, klimatische Veränderungen, Korruption und schlechte Staatsführung kommt es immer wieder zu Krisen. Mangel herrscht an Allem. Das Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 977 US-Dollar pro Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 41.902 US\$ pro Einwohner. Fast die gesamte Infra-

struktur des Landes ist zusammengebrochen. Krankenhäuser in dörflichen Regionen haben keinen Strom und kein Wasser. Der einstige Agrar-exporteur hat kaum noch kommerzielle Farmen und muss Lebensmittel einführen. Nach der Landreform im Jahr 2000 gelang es der Regierung nicht, neue Landwirtschaftsstrukturen zu schaffen. 60 Prozent der bis zur

Reform genutzten Fläche liegen heute brach. Kleinbauern, denen fünf bis sechs Hektar zur Verfügung gestellt wurden, können meist nur maximal einen Hektar mit primitivsten Mitteln bearbeiten. Der Schmuggel blüht. Es fehlt an Bargeld. Die Menschen verbringen Nächte vor Bankschaltern in der Hoffnung auf geringe Auszahlungen. Ethnische Auseinandersetzungen braucht dieses Land gerade nicht! Freie und faire Wahlen, mit Parteien, die einen politischen Willen zur Veränderung haben, schon. ◀

Die wenigen größeren Farmen arbeiten meist mit völlig veralteten Maschinen. Das Bild zeigt die Röstmaschine für den zum Export bestimmten Kaffee





SYRIZA-Mann Giorgos Chondros und Anne Schindler von »SolidariTrade« bei einer Verkaufsaktion für das Soli-Ölivenöl im nd-Gebäude in Berlin Foto: Pascal Beucker

■ ■ **Athen:** Es fängt mit 10.000 Litern Olivenöl im Kleinen an, aber im Großen geht es um den Aufbau eines gerechten Europas von unten. Die deutsch-griechische Initiative »SolidariTrade« vertreibt Olivenöl aus der Produktion der Kooperative »Messinis Gea« (Land von Messinien) im Südwestpeponnes. In diesem Jahr sollen hierzulande 10.000 Liter Olivenöl der Erzeugergemeinschaft verkauft werden. Eine 1-Liter-Flasche kostet 12 Euro, der 5-Liter-Kanister 50 Euro. Die Bauern erhalten einen Preis, der 40 Prozent über dem Marktpreis liegt. Ein Euro pro Liter fließt an soziale Projekte in Griechenland, ein Euro an die Genossenschaft »SolidariTrade«. »Wir möchten im kommenden Jahr das Olivenöl komplett vorfinanzieren, um den Bauern eine Planungssicherheit zu gewährleisten«, sagt Anne Schindler von »SolidariTrade«. Bei Verkaufsveranstaltungen in Bochum, München und Berlin sind bereits rund 5.000 Liter abgesetzt worden. »Das Öl ist erst der Anfang«, sagt sie. Sollte das Projekt gut

laufen, will die Initiative weitere Produkte von Kooperativen vertreiben, etwa Honig. Beim Fest der Linken im Juni in Berlin werden die Soli-AktivistInnen das Projekt vorstellen. Bestellungen über <https://solidaritrade.de> oder SolidariTrade, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

■ ■ **Bayern:** Der bayerische Landessprecher Ates Gürpınar und die ehemalige Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter führen die Liste der LINKEN für die bayerischen Landtagswahlen am 14. Oktober an. »Wir lassen nicht zu, dass Bayern weiter nach rechts rückt«, sagte der 33-Jährige Medienwissenschaftler. Auf weiteren Plätzen der Landtagsliste folgen Brigitte Wolf, Christian Peiker, Julia Killet, Bernhard Baudler, Renate Cullmann, Guido Hoyer, Annemarie Fingert und Erol Dogan.

■ ■ **Brandenburg:** Diana Golze und Anja Mayer sind neue Landesvorsitzende in Brandenburg. Die Delegierten des Landesparteitags wählten Mitte März in

Potsdam die Brandenburger Gesundheits- und Sozialministerin Diana Golze und die bisherige Landesgeschäftsführerin an die Spitze der Partei. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Kirsten Tackmann, Isabell Vandré und Mario Dannenberg gewählt. Stefan Wollenberg folgt Anja Mayer als Landesgeschäftsführer. Schatzmeister Ronny Kretschmer wurde im Amt bestätigt. Weiterhin gehören dem Landesvorstand an: Andreas Büttner, Roland Gehrman, Martin Günther, Monika Huschenbett, Alexander Klotzovski, Anja Kreisel, Romy Neupert, Marco Pavlik, Anne-Frieda Reinke, Sebastian Walter und Heidemarie Wiechmann. In Brandenburg finden 2019 Landtags- und Kommunalwahlen statt.

■ ■ **Berlin:** Ende März sind Vertreter des Vorstandes des Zentralrats der Muslime und der geschäftsführende Parteivorstand der LINKEN zu einem Gedankenaustausch zusammengekommen. Wichtige Themen waren die Regierungsbildung, der

Rechtsruck, der Kampf gegen Antisemitismus und Islamophobie. »Ich bin der Partei DIE LINKE dankbar für das intensive und konstruktive Gespräch und den Gedankenaustausch. Wir erleben eine steigende Anzahl von Angriffen, Diffamierungen und Scheindebatten um die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland«, sagte der Vorsitzende des Zentralrats, Aiman A. Mazyek, nach dem Treffen.

■ ■ **Frankfurt/Oder:** René Wilke wurde am 18. März 2018 in Frankfurt/Oder für DIE LINKE zum Oberbürgermeister gewählt. Der 1984 Geborene



Der neue Oberbürgermeister René Wilke Foto: privat

ist der erste LINKE und bislang jüngste Oberbürgermeister der Stadt. »Dieser Erfolg in Frankfurt/Oder wird Ausstrahlung haben in den Osten«, erklärte die LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping. René Wilke setzte sich bei der Stichwahl mit 62,5 Prozent der Stimmen gegen seinen Namensvet-

ter Martin Wilke durch. Unterstützt wurde Wilke auch von den Grünen und der Liste »Frankfurt Geht Besser«. Bislang war er stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg und ihr Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik. Wilke hat Kulturwissenschaften, Politik- und Verwaltungswissenschaften und Psychologie an der Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder und der Fernuniversität Hagen studiert und eine Ausbildung zum Kaufmann für Bürokommunikation und zum Mediator absolviert. Für ihn in den Landtag rückt der 1962 geborene Carsten Preuß aus Zossen nach, der seit 2016 Vorsitzender der Naturschutzorganisation BUND in Brandenburg ist.

■ ■ **Brüssel:** Der Antrag auf Ausschluss der griechischen Partei SYRIZA wurde vom Vorstand der Europäischen Linken einstimmig abgelehnt. Der Vorstand der von Jean-Luc Mélenchon gegründeten französischen Linkspartei Parti de Gauche (PG) hatte den Ausschluss beantragt. SYRIZA bediene die Interessen von EU und Internationalem Währungsfonds, hatte die PG den Antrag begründet. Pierre Laurent, Vorsitzender der Kommunistischen Partei, hatte dagegen ausdrücklich seine Solidarität mit SYRIZA erklärt. Auch der Präsident der Europäischen Linken Gregor Gysi hatte sich hinter die griechischen Genossinnen und Genossen



Ein vergnüglicher Tag mit internationalen Gästen im Juni

Achtung, vormerken: Das diesjährige Fest der Linken findet statt am 23. Juni in Berlin, wie immer vor der Parteizentrale der LINKEN auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Los geht es um 11 Uhr, das Ende ist gegen 22 Uhr geplant. Motto des Festes in diesem Jahr: »Mit Vergnügen links«.

Erwartet werden dieses Mal besonders viele internationale Gäste. Viele sind bekannt geworden durch verschiedene Aktionsformen gegen rechts. Darunter sind: **Banda Internationale, Suli Puschban, Firas Alshater, Jilet Ayse, Kiezbingo aus dem SO36, Stefanie Sargnagel, Sara Hebe aus Argentinien, Callum Baird aus Schottland, Marco Tschirpke und Schnippo Schranke.** Aus Kuba kommt die Tochter von Ernesto Che Guevara, Aleida Guevara. Ihr Vater wäre am 14. Juni 2018 90 Jahre alt geworden. Der Präsident der Europäischen Linken wird in seiner Gesprächsreihe »Gregor Gysi trifft« auf der Bühne einen interessanten Gast empfangen. Damit sich auch die Kleinen vergnügen, gibt es ein Kinderfest und einen Kletterturm. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Fußballfreundinnen und -freunde sind ebenfalls herzlich willkommen. Die an diesem Tag anstehenden Spiele der Fußballweltmeisterschaft werden übertragen. Interessierte können an einer Führung zur Geschichte des Karl-Liebknecht-Haus teilnehmen, die der Historiker Ronald Friedmann anbietet.

gestellt. »Von außen sind leichter Ratschläge zu erteilen, als wenn man die Verantwortung für das Land und die gesamte Bevölkerung trägt. Jeden gewonnenen Spielraum versucht SYRIZA so zu nutzen, dass es den Ärmsten in der Gesellschaft zu Gute kommt – so mit dem Parallelprogramm, welches zunehmend sichtbar wird«, erklärte Gysi.

■ ■ **Hessen:** Die hessische LINKE stellt ihre Landesliste für die kommende Landtagswahl am 28. und 29. April in Kassel auf. In Hessen ist am 28. Oktober Landtagswahl. Bei den Wahlen im Jahr 2013 erreichte DIE LINKE 5,2 Prozent und konnte mit sechs Abgeordneten wieder ins Parlament einziehen.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern:** Mit Anträgen und Aktionen fordert die Linksfraktion Mecklenburg-Vorpommern mehr Parität in den Parlamenten. Der Frauenanteil unter den Abgeordneten im Schweriner Landtag liegt aktuell bei kläglichen 25 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit mehr als 25 Jahren. Die Landesregierung muss ihre Möglichkeiten nutzen, um den Anteil der Frauen in den Vertretungen und Parlamenten auf allen Ebenen zu erhöhen, fordert DIE LINKE. Im Bundestag sind es gerade mal rund 30 Prozent, in Kommunalparlamenten liegt die Quote häufig sogar noch viel niedriger.

Zurückblicken

Das Archiv Demokratischer Sozialismus ermöglicht interessierten Genossinnen und Genossen einen Blick in die Vergangenheit der LINKEN **VON DAVID VILENTCHIK**

Wer sich für die LINKE Parteigeschichte interessiert, ist hier richtig: Im Archiv Demokratischer Sozialismus am Franz-Mehring-Platz in Berlin finden Genossinnen und Genossen wichtige Informationen aus zehn Jahren Parteigeschichte und zu den Vorläufern PDS und WASG. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat das Archiv 1999 eingerichtet. Hier bewahren die vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diverse Relikte auf, deren Entstehung bis zum Sonderparteitag der SED/PDS 1989 zurückreicht. Dazu gehören Protokolle, Reden, Schriftwechsel, aber auch Audio- und Videomaterial sowie Plakate, Flugblätter, Fotos und Werbematerial.

Die dem Archiv überlassenen Dokumente werden gesichert, bearbeitet und der Öffentlichkeit mittels Findbüchern zur Verfügung gestellt. Alle Findbücher sind unter der Website des Archivs verfügbar: www.rosalux.de/stiftung/historisches-zentrum/archiv/. Zusätzlich werden in-

teressierten Vor-Ort-Beratungen und Archivführungen angeboten.

Der Besucherraum des Archivs ist ein kleiner Raum, etwa 20 Quadratmeter groß. Er ist zugestellt mit Regalen und Schränken. Hier sitzen diejenigen, die etwas recherchieren wollen. Daneben gibt es ein größeres Magazin, in dem das Material aufbewahrt wird. Das Magazin ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Der Archivbestand umfasst mehr als 1.500 laufende Meter Akten und 7,7 Terabyte digitale Objekte. Außerdem lagern hier rund 1.200 Hördateien, 2.200 verschiedene Plakate, 1.000 unterschiedliche Flugblätter, 700 Fotos und 200 Objekte.

Kleine Lehrstunde

Im Archiv finden sich auch Materialien aus den letzten Monaten der DDR, etwa Mitschnitte der Versammlungen der 10. Volkskammer, dem Parlament der DDR, sowie über die Arbeit

der »Runden Tische«, die 1990 in der DDR eine wichtige politische Rolle spielten. Am 7. Dezember 1989 trafen sich in Ost-Berlin Vertreter der SED-Regierung, Blockparteien, Opposition und Kirchen erstmals zu Gesprächen am »Zentralen Runden Tisch«, um über die Zukunft der DDR zu sprechen. Thema war die Demokratisierung der DDR, die mit dem Ende der SED-Herrschaft sowie der Staatssicherheit und mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung einhergehen sollte. Es kam jedoch anders: Am 3. Oktober 1990 kam die Wiedervereinigung. Die DDR existierte nicht mehr, und das Grundgesetz blieb als Verfassung bis heute erhalten. Die PDS, hervorgegangen aus der SED, bestand weiter. Sie schloss sich 2007 mit der WASG zu »DIE LINKE« zusammen. ◀

Die Öffnungszeiten des Archivs:

Montag bis Donnerstag 9 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten. Kontakt: archiv@rosalux.org und telefonisch unter 030/44310424

Anzeige

Näher dran an linken Lösungen

Was Karl Marx und andere linke Vordenker*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!

Das »nd«-Mini-Abo
2 Monate für
49 Euro

Am besten gleich heute bestellen:
☎ (030) 29 78 18 00
www.dasND.de/disput

inklusive »nd«-App

plus Buchprämie

GREGOR GYSI

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd



Immer wenn ich die neuesten Nachrichten höre oder lese, bekomme ich stechende Kopfschmerzen. Darum fragte ich die Yoga-Lehrerin unserer Selbsthilfegruppe, welche Übung dagegen helfen könnte. Sie riet: »Legen Sie ein Kissen auf den Fußboden, dann den Kopf darauf, die Arme anwinkeln, die Füße an die Wand strecken, und schon fördert der Kopfstand die Durchblutung des Gehirns! So können Sie alle Ereignisse besser verdauen.« Ich habe das probiert und – es hat geholfen!

Dieses Leiden hat mich vor einem Jahr ergriffen. Genauer gesagt, seit das Rumpelstilzchen Donald Trump sich als Weltgendarm in Washington postierte und rief: »Jeder ist sich selbst der Nächste!« Seitdem bricht diese Welt, die viele Risse hat, aus allen Fugen. Was ja logisch ist, weil es auf diesem Planeten kein ICH ohne das WIR gibt. Aber wie kann ein Kerl, der das nicht kapiert, zur Nummer EINS in der Welt werden? Das habe ich beim Kopfstand begriffen: Mister Trump begann seinen Weg als rabiater Geschäftemacher mit Immobilien. Nun will er die USA und die Welt mit der gleichen Befehlsgewalt lenken. Die Vollmacht hat ihm die Mehrzahl der amerikanischen Wähler gegeben. Doch diese Mehrzahl war ja nur eine Minderheit, weil die Hälfte der Wähler Nichtwähler sind, und die andere Hälfte

te sich in zwei Hälften um die zwei Parteien der USA gruppiert. So hat ihm ein Viertel der Erwachsenen gereicht. Die konnte er mit seinem Geld und dem Schwur: »Ich mache Amerika groß und glücklich!« narkotisieren. Seither unterschreibt er mit dickem Filzstift jede Woche wuchtige Dekrete: Doppeltes Geld für die Aufrüstung. Hohe Mauern für die Aussperrung der Einwanderer. 25 Prozent Strafzoll für Importe aus China und Russland. Knallharte Rechnungen an die Verbündeten in Europa. Schluss mit der Diplomatie durch die Ausweisung vieler Diplomaten. Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Wohltaten für Kiew und Fußtritte nach Moskau. Androhung der Auslöschung Nordkoreas bei weiteren Drohungen von dort ... und so weiter. Da kann der Papst zur Mäßigung mahnen. Da können Dutzende in Trumps Stab den Kopf schütteln und den Hut nehmen. Da fühlen sich die zweifelhaftesten Gestalten in Europa und der Welt zu nationalistischen Klimmzügen ermuntert, die geradeaus in neue Massengräber führen können. 22 Kriegsschauplätze hat unser Globus – da geht doch noch was! Muss man nicht am Verstand der Re-

genten verzweifeln? Aber die verschwenden viel Grips auf die Verblödung ihrer Völker. Und das Räderwerk des Kapitals funktioniert, solange die Bäuche voll und die Köpfe leer sind. Das braucht Zeitungsmacher, Lehrbuchmacher, Gesetzesmacher und Stimmungsmacher, Politologen und Theologen, Abgeordnete und Lobbyisten, Golfclubs und Stammtische. Und gegen diese Armee von Meinungsmachern wird der einzelne Bürger zum Wurm, der nie erkennt, warum die Reichen immer reicher und die Armen immer mehr werden. Weil eben das ganze Ausbeutersystem auf dem Kopf steht!

Was ich aber auch im Kopfstand nicht begreife, ist: Wann kapiert eine Merkel-Regierung, dass Deutschland dieses Wettrennen um die größte Macht mit dem kleinsten Hirn nicht mitmachen darf. Wir sind doch oft genug im eigenen Blut fast ertrunken! Aber wir produzieren Kampfpanzer statt E-Autos. Wir drosseln Windkraft statt Giftschleudern. Wir beschließen Kitas und haben keine Pädagogen. Wir gründen Cyber-Kriegs-Stäbe und beherrschen nicht mal die Taschenrechner, um bezahlbare Wohnungen zu bauen. Kommt doch endlich mal vom Größenwahn 'runter auf den Teppich! Macht Frieden mit dem Osten, sonst rettet ihr niemals das fieberkranke Europa und die taumelnde Welt!

Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

**Kopfstand
hilft
kapiieren**

Ossietzky

Vor achtzig Jahren, am 4. Mai 1938, starb der Pazifist und Friedensnobelpreisträger

Carl von Ossietzky an den Folgen der Misshandlungen im KZ VON RONALD FRIEDMANN

Carl von Ossietzky wurde am Morgen des 28. Februar 1933 verhaftet, nur Stunden nach dem Reichstagsbrand. Bis heute ist unklar, ob er auf eine Flucht ins Ausland verzichtete, weil er glaubte, dem Naziregime als Gefangener größere Probleme zu bereiten, oder ob es die Sorge um Frau und Tochter war, die ihn in Hitlerdeutschland hielt.

Ossietzky war erst wenige Wochen zuvor im Zuge einer Amnestie aus dem Gefängnis in Berlin-Tegel entlassen worden, wo er sieben Monate einer achtzehnmonatigen Haftstrafe wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse verbüßt hatte. Vorangegangen war der berüchtigte Weltbühnenprozess, durch den Ossietzky weit über Deutschland hinaus als Friedenskämpfer und Journalist bekanntgeworden war.

Carl von Ossietzky wurde am 3. Oktober 1889 in Hamburg geboren. Sein Vater arbeitete in der Anwaltskanzlei des späteren Hamburger Bürgermeisters Max Predöhl. Nach dem frühen Tod des Vaters sorgte Predöhl dafür, dass der Junge eine gute schulische Ausbildung erhielt. Doch wegen mangelhafter mathematischer Kenntnisse scheiterte Ossietzky bei den Prüfungen zur mittleren Reife, eine akademische Laufbahn blieb ihm verwehrt. Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, trat Ossietzky 1907 als Hilfskraft in den Hamburger Justizdienst ein. Die Tage verbrachte er im Amt, die Abende bei politischen und literarischen Veranstaltungen. 1911 veröffentlichte er in der liberalen Wochenzeitung »Das freie Volk« seinen ersten Artikel.

1914 machte Ossietzky eine für ihn neue Erfahrung mit der kaiserlichen Justiz: Er wurde angeklagt und zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in einem Artikel die drakonischen Strafen eines Militärgerichts gegen drei Soldaten kritisiert hatte, die wegen des übermäßigen Konsums von Alkohol zu jeweils fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren.

Der Dienst an den Fronten des Ersten Weltkriegs blieb Ossietzky zunächst aus gesundheitlichen Gründen erspart. Doch 1916 wurde seine Rückstellung aufgehoben. Er wurde an die Westfront geschickt. Im Schützengraben verschwand seine anfängliche Kriegsbegeisterung sehr schnell. Im Herbst 1918 kehrte er als Pazifist nach Deutschland zurück.

Von 1920 bis 1924 arbeitete er als Journalist bei der »Berliner Volks-Zeitung«, einer regionalen Tageszeitung, die der liberalen Deutschen Demokratischen Partei nahestand.

Bereits seit 1924 hatte sich Sieg-

fe deuteten, was durch den Versailler Vertrag verboten war.

Die Führung der Reichswehr witterte sofort Verrat. Im August 1929 wurden Ermittlungen gegen Kreiser als Autor und Ossietzky als verantwortlichem Redakteur aufgenommen. Es dauerte mehr als eineinhalb Jahre, bevor sich die Behörden auf ihr Vorgehen gegen die »Weltbühne« verständigten. Am 17. und 19. November 1931 fand der Prozess statt. Das Urteil wurde vier Tage später gesprochen.

Obwohl – oder gerade weil – der Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, erregte er große Aufmerksamkeit. Im In- und Ausland gab es zahlreiche, letztlich vergebliche Bemühungen, für Ossietzky eine Haftverschonung zu erreichen. Denn Ossietzky war nicht bereit, sich der Strafe durch Flucht zu entziehen, so dass er am 10. Mai 1932 den Gang nach Berlin-Tegel antreten musste.

In der »Weltbühne« hatte Ossietzky 1931 die Vermutung geäußert, dass in einem drohenden »Dritten Reich [...] Verräter wie Kreiser und ich ohne Aufhebens fusiliert« werden würden. Doch der Leidensweg Ossietzkys in den Jahren der Haft in faschistischen Konzentrationslagern war grausamer. Über Jahre gehörten physische und psychische Misshandlung zu seinem Alltag.

In der Emigration sammelte sich der »Freundeskreis Carl von Ossietzky«, der es sich zur Aufgabe machte, sein Leben zu retten. So entstand die Idee, ihn für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Tatsächlich entschied das Nobelpreiskomitee Ende November 1936, Ossietzky den bis dahin nicht vergebenen Preis für das Jahr 1935 rückwirkend zu verleihen.

Wenige Tage zuvor war Ossietzky aus der Haft entlassen worden. Die letzten eineinhalb Jahre seines Lebens führte er einen hoffnungslosen Kampf gegen die Tuberkulose, mit der er sich im KZ infiziert hatte. Am 4. Mai 1938 starb Carl von Ossietzky in Berlin. Er wurde 48 Jahre alt. ◀



Carl von Ossietzky während seiner Haft im Konzentrationslager Esterwegen im Emsland Foto: Public Domain

fried Jacobsohn, der Herausgeber der »Weltbühne«, auf Anregung von Kurt Tucholsky bemüht, Carl von Ossietzky als Mitarbeiter zu gewinnen. Doch erst im Jahr 1926 trat Ossietzky in die »Weltbühne« ein, deren Leitung er 1927 übernahm.

Am 12. März 1929 veröffentlichte die »Weltbühne« den Artikel »Windiges aus der deutschen Luftfahrt« des Journalisten Walter Kreiser. Er hatte Verbindungen zwischen der Reichswehr und Luftfahrtindustrie aufgedeckt, die auf geheime Bemühungen zum Aufbau einer deutschen Luftwaf-



Eine verängstigte Frau findet Trost durch die Mitarbeiter der Hilfsorganisation Mare Nostrum
Foto: Peter Indergand, Majestic/zero one film

■ Eldorado

Markus Imhoof ist auf seltsame Weise zum Thema Migration gekommen. Als er ein Kind war, nahmen seine Eltern das italienische Flüchtlingskind Giovanna bei sich in der Schweiz auf. Jahre später veranlasst ihn diese Erinnerung an das Mädchen, einen Blick auf die aktuelle europäische Flüchtlingspolitik zu werfen.

Für seinen Film »Eldorado« begibt er sich auf ein Schiff der italienischen Kriegsmarine vor der libyschen Küste mit Hunderten von Bootsflüchtlingen an Bord. Nacht-sichtgeräte, Wärmebilder, Scheinwerfer, Helikopter: Imhoof zeigt eine industrielle Infrastruktur, den Apparat, der der Rettung dient. Die verängstigten Gestalten in den Booten wirken seltsam allein gelassen, beinahe wie Frachtgut. Viel zu Wort kommen lässt er sie

auch nicht. An Land dann das Flüchtlingslager.

Wer dort wieder rauskommt, landet oft genug in der illegalen Landarbeit. Der Tomatenanbau in Italien florierte mit den Migrationswellen, kommentiert der Regisseur lapidar. Dabei haben es die Männer mit der Feldarbeit vergleichsweise noch gut. Frauen werden zur Prostitution gezwungen. Die Nahrungsmittel werden in die Länder Afrikas exportiert, wo sie per Niedrigpreis die heimischen Märkte zerstören. »Eldorado« arbeitet mit drastischen Bildern und Inhalten. Empathie Fehlanzeige, dafür harte Fakten. Aber auf die grob-expansive Ag-rarpolitik der Europäischen Union gehört wahrscheinlich ein grober Keil.

→ Kinostart: 26. April 2018

■ Drei Tage in Quiberon

Lange hat sie sich gedrückt – nun schlüpft Marie Bäumer in die Rol-

le der Romy Schneider. Als eine der wohl zerrissensten Figuren des populären Kinos – Kinderstar als Kaiserin Sissy, dann dauerrauchende Arthouse-Diva mit schlagzeilenträchtigen Alltag, die mit Deutschland überkreuz liegt – taumelt sie durch Emily Atefs recht persönlich gehaltene Studie. Der Film handelt ausschließlich von Schneiders Kuraufenthalt in der Bretagne im Jahr 1981, währenddessen sie zwei Typen vom »Stern« ein weinselig-legendäres Interview gab. Es wird gefeiert, gesoffen, mit Tabletten geschmissen. Bäumers Romy schwankt zwischen totaler Verzweiflung über ihre Rolle als vermeintlich schlechte Mutter und dem schönen, versoffenen Leben im Augenblick.

Der eigentliche Star dieses Films ist allerdings Robert Gwisdek in der Rolle des Reporters Michael Jürgs. Dessen Performance strotzt zunächst vor rotziger Frechheit. Er lässt das Publikum lange im Unklaren, was von ihm zu halten ist. Dann macht er Schneider ein Angebot, das sie kaum ausschlagen will: Warum sie die Presse nicht benutze, um zu ihrem Publikum zu sprechen. Er biete sich gerne an – Deal! Das Interview, das entstand, ist ebenso legendär wie die Fotos. Schöner Film – wenn auch eine halbe Stunde zu lang.

→ Kinostart: 12. April 2018



EINE REVOLUTION IM TWITTER- ZEITALTER

GELESEN VON
INGRID FEIX

FRAGENKATALOG

Nicht weniger als 168 Einzelpunkte umfasst der Fragenkatalog, den die Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt der Landesregierung im Rahmen einer Großen Anfrage zur Theater- und Orchesterlandschaft übergeben hat. Dabei werden sowohl die Situation der öffentlichen Theater und Orchester als auch die der freien Szene in den Blick genommen. Aufgeklärt werden sollen zudem die Auswirkungen der 2014 vorgenommenen umstrittenen Kürzungen der Landesmittel. Insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen zu den Theaterverträgen zwischen dem Land und den Trägern der Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt sei es notwendig, den Zustand der Theater und Orchester zu untersuchen, so Stefan Gebhardt, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion. »Mit der Großen Anfrage wollen wir Klarheit schaffen, um bei der Haushaltsplanaufstellung Entscheidungen treffen zu können, die eine langfristige Sicherung der Theater- und Orchesterlandschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen.«

KULTURRAUMGESETZ

Die Linksfraktion in Sachsen fordert, beim Kulturraumgesetz zusätzlich 17 Millionen Euro aufzuwenden, um die Kulturschaf-

Januar 2011, Millionen Ägypter gehen für »Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit« auf die Straße, zeigen der Regierung Mubaraks, dem Militär und der Polizei ihre Grenzen. Als »Arabischer Frühling« gehen die Ereignisse um die Welt. Der Autor und Filmemacher Omar Robert Hamilton, Sohn einer ägyptisch-palästinensischen Mutter und eines Briten, will dabei sein. Er wird Teil eines Medienkollektivs, das die Ereignisse dokumentieren und öffentlich machen will. Auch in dem Roman ist Khalil Mitglied eines Medienkollektivs, das sich »Chaos« nennt und in Kairos Straßen von 2011 bis 2014 fotografiert, filmt, Interviews macht. Sie dokumentieren Gewalt und Folter, befragen Angehörige der als Märtyrer Gefallenen, zählen die Toten, bergen Verwundete. Twitter und YouTube sind ständige Begleiter. Wie sich zeigt, ist mit den erzwungenen Wahlen noch längst nicht alles vorüber. Unter Mursi, dem Vertreter der Muslimbrüder, wird weiter gefoltert, gemordet. Unklar bleibt, was und wer dahinter steckt, den Revolutionsgedanken zu ersticken. Die Tweets und Berichte über geheime Folterkeller, getötete friedliche Demonstranten und Ziele der revolutionären Bewegung, die anfangs noch massenhaft gelesen, gesehen wurden und mobilisiert haben, werden kaum noch wahrgenommen. Immer mehr Anhänger und Unterstützer des »Arabischen Frühlings« wenden sich ab, rufen nach der ordnenden Hand des Militärs, bis die Parole »Segne diese Hände/Segne die Armee meines Landes« wieder allgegenwärtig ist. Nun können auch die Aktivisten ohne Öffentlichkeit gejagt werden. Fast minutiös beschreibt und dokumentiert der Autor das Gesehene, zeigt, wie aus den Ideen für das Morgen über das Heute ein Gestern wurde. Dennoch, die Revolution geht weiter, die Hoffnung lebt.

Omar Robert Hamilton
Stadt der Rebellion
Roman
Aus dem Englischen von
Brigitte Walitzek
Verlag Klaus Wagenbach
320 Seiten, 24 Euro



fenden des Freistaates vom Lohndumping durch Haustarifverträge zu befreien und um mehr feste Beschäftigung auch in Musikschulen, Bibliotheken und Museen zu erreichen. Ziel sei, so der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt, die kulturelle Infrastruktur überall in Sachsen nachhaltig zu stärken.

UNISOZIALPAKT

Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung in Sachsen-Anhalt hat seinen Prüfbericht zum Thema »Hochschulsozialpakt« vorgelegt. Im September 2017 hatte der Landtag auf Initiative der Fraktion DIE LINKE beschlossen, die Möglichkeit einer Bundesratsinitiative zu prüfen. »Während die Hochschulen durch den Hochschulpakt zusätzliche Finanzmittel durch den Bund bekommen, fehlt die zusätzliche Unterstützung der sozialen Infrastruktur für die Studierenden«, erklärte der hochschulpolitische Sprecher der LINKEN, Hendrik Lange. Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks habe gezeigt, dass insbesondere Studierende mit unteren und mittleren finanziellen Einnahmen überproportional die Einrichtungen der Studentenwerke nutzen. Ein Hochschulsozialpakt sei daher ein wesentlicher Schritt, diesen Studierenden den Weg ins Studium zu ermöglichen.

Im 50. Jubiläumsjahr des für die Bundesrepublik so wichtigen Jahres 1968 stehen die Erfolge der damit verbundenen Bewegung unter Beschuss. Bürgerliche wie neofaschistische Kräfte fordern eine »konservative Revolution«, besonders die AfD will mit dem »links-rot-grün-versifften '68er-Deutschland« Schluss machen. Auch innerhalb der Linken wird eine lebhafte Debatte darüber geführt, wie die Folgen des kulturellen Aufbruchs nach 68 mit einer Gegenwart zusammenpassen, in der sich die soziale Frage mit brutaler Wucht mittlerweile für Millionen von Menschen stellt. Ich meine: Wir müssen lernen, dass soziale und kulturelle Fragen niemals getrennt werden dürfen!

Um diese verbindende Perspektive auf '68 zu erarbeiten, ist zunächst eine Abgrenzung von einem bestimmten Teil der '68er Generation notwendig, nämlich jenen, die dem Neoliberalismus unter der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer zum Durchbruch verhalfen. Jene »Alt 68er« nahmen bei der Rechtfertigung der Agenda 2010 auf perfide Weise einen Strang der Kritik der '68er auf: Gegen die Normierung und Reglementierung des Arbeitslebens wurden von den '68ern Autonomie, Selbstbestimmung und die radikale Abkehr von knechtenden Arbeitsstrukturen gefordert. Doch waren diese Forderungen 1968 noch mit Forderungen nach kompletter sozialer Umwälzung verbunden, wurden sie nach dem Niedergang der Bewegung immer weiter verdrängt.

Die Zerschlagung des Normalarbeitsverhältnisses hin zu projektbasierter Gruppenarbeit, Jobrotation und flexibler Arbeitszeit, wurde von den »Alt 68ern« in der rot-grünen Bundesregierung als Selbstbestimmung und Freiheitsgewinn gerechtfertigt. Doch diese Art der Ausweitung der Freiheit bedeutete unter diesen Vorzeichen vor allem die Intensivierung der Ausbeutung. Gleichzeitig erkämpften viele Gruppen, die von '68 inspiriert waren – Frauen, MigrantInnen, Lesben, Schwule, Trans Menschen – mehr Rechte und wurden zu verbesserten Bedingungen in den Arbeitsmarkt integriert. Sicher ein Fortschritt, wenn auch ein ambivalen-

ter, weil die Klassenstruktur als solche nicht aufgehoben wurde und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums heute wieder dem Stand von vor hundert Jahren entspricht.

Das Potenzial des kulturellen Fortschritts stieß an die Grenzen der Klassengesellschaft, weil er sich nicht in einer veränderten Sozialstruktur niederschlug: Gleichstellungsgesetze greifen nicht, wenn die Löhne gekürzt und die Arbeit flexibilisiert werden, worunter Frauen aufgrund der Mehrfachbelastung (Erziehung, Pflege Angehöriger) am meisten leiden. Rechte für Schwule und Lesben reichen nicht mehr aus, wenn Beratungsstellen geschlossen und queere Subkultur aufgrund von Gentrifizierung verdrängt wird.

Ein grundlegender Fehler scheint mir zu sein, individuelle Freiheitsrechte und soziale Rechte als getrennte Fragen zu behandeln! Die soziale Frage stellt sich für viele Menschen drängender denn je, und sie kann nur mit dem Kampf um eine soziale Offensive für alle beantwortet werden! 50 Jahre nach '68 sind weite Teile der sozialen Sicherungssysteme abgebaut, und zahlreiche Institutionen des Sozialstaates wurden unter das Diktat des Marktes gestellt.

Die rechten Parteien radikalisieren die Logik des neoliberalen Konkurrenzkampfes. Sie hetzen gegen die schwächeren Gruppen des Arbeitsmarktes, die rechtlich und weniger sozialpolitisch von der Liberalisierung der Gesellschaft profitierten. Frauen sollen wieder wissen, »wo ihr Platz ist«. Deutschen mit Migrationshintergrund sollen BürgerInnenrechte aberkannt werden. Allenfalls für die Wirtschaft »nützliche« Geflüchtete sollen noch Zuflucht finden.

Unsere Antwort kann nur ein neues '68 sein! Ein gesellschaftlicher Aufbruch von unten, der die Menschen verbindet, die sonst gespalten sind! Unser Ziel muss ein sozialer und solidarischer Protest sein, der die uneingelösten Forderungen von damals als »Projekt der Hoffnung« für die Zukunft verfolgt!

Nicole Gohlke ist hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.



NICOLE GOHLKE

**50 Jahre '68:
kulturelle und
soziale Fragen
gehören
zusammen!**

Foto: DIE LINKE

formation spricht; und eine andere, die wohl eher als wissenschaftlicher Legitimationsdiskurs der herrschenden weltgesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse gelten muss.

Zur letztgenannten Kategorie dürfte Thomas Pikettys (2014: 42, 98) These vom »internationalen Aufholprozess« und einer »Phase der Konvergenz zwischen reichen und armen Ländern« zu zählen sein. Auch François Bourguignon (2013: 9, 10), ehemaliger Chefökonom der Weltbank, spricht nicht nur von einem »historischen Wendepunkt« und einer »Trendumkehr der weltweiten Ungleichheit« zur Jahrtausendwende, sondern gar von einem Prozess »der effektiven Angleichung des zwischenstaatlichen Lebensstandards«. Zu einiger Berühmtheit gelangt sind entsprechende Thesen in Gestalt der »Elefantenkurve«, wie sie von Branko Milanovic, einem weiteren früheren Weltbankökonom, popularisiert worden ist. Diese eingängige Grafik (vgl. z. B. Milanovic 2016: 11) stellt den zwischen 1988 und 2008 sich ergebenden realen prozentualen Einkommenszuwachs entlang unterschiedlicher Positionen der Welteinkommensverteilung dar und weist aus, dass die entsprechenden Zuwächse zwischen dem 50. und 60. Perzentil der Verteilung – also in den (oberen) Mittelschichten der »Schwellenländer« – am höchsten waren. Hingegen lagen sie rund um das 80. Perzentil – also bei den (unteren) Mittelschichten der reichen Gesellschaften – am niedrigsten (nämlich bei null). Dementsprechend spricht Milanovic (2016: 10) vom Aufstieg einer »emerging global middle class« – ein Aufstiegsszenario, das mit dem hierzulande mittlerweile weitverbreiteten Bild von der deutschen bzw. euroatlantischen »Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey 2016) korrespondiert.

Bezeichnenderweise haben die vielfältigen von den einschlägigen Autoren persönlich vorgenommenen Relativierungen bis hin zur Selbstinfragestellung der »Konvergenzthese« – anders als die vom scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des globalen Südens kündende »Elefantenkurve« – praktisch keinen politisch-medialen Widerhall gefunden. Dabei weist Bourguignon (2013: 14) ausdrücklich darauf hin, dass auch nach einem Vierteljahrhundert der sogenannten Konvergenz die globale Ungleichheit alle nationalen Ungleichheitsmaße sprengt und »wahrscheinlich sehr viel gravierender« sei »als das, was ein einzelner Staat aushalten würde, ohne in eine ernste Krise zu geraten«. Und in der Tat: Der Abstand zwischen

Stephan Lessenich

Maximilian Becker,
Mathilda Reinicke (Hrsg.)

Anders wachsen!

Von der Krise der
kapitalistischen
Wachstumsgesellschaft
und Ansätzen einer
Transformation

Mit Beiträgen von
Friederike Habermann,
Frigga Hauk,
Katja Kipping u.a.

oekom verlag München,
März 2018

304 Seiten, 19 Euro

ISBN-13: 978-3-96238-031-1

